



Wilfried Marxer

**VOLKSABSTIMMUNG  
«PENSIONSKASSE WIN-WIN» UND «WIN-WIN-50»  
VOM 15. JUNI 2014  
Ergebnisse einer Umfrage**

LI AKTUELL Nr. 1/2014



**Herausgeber:**

Liechtenstein-Institut

[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

**Autor:**

Wilfried Marxer

([wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li](mailto:wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li))

Mit LI AKTUELL präsentiert das Liechtenstein-Institut möglichst zeitnah Ergebnisse von Untersuchungen und zentrale Inhalte von Vorträgen. Dabei steht die Visualisierung, angereichert mit kurzen Erklärungstexten, im Vordergrund. Für ausführlichere wissenschaftliche Veröffentlichungen sei auf das weitere Schrifttum der Forschenden verwiesen (Monografien, Zeitschriftenaufsätze, Beiträge in Sammelbänden, Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut etc.).

© Liechtenstein-Institut, Barend, 2014



## Zusammenfassung

Am 15. Juni 2014 wurde über zwei Volksinitiativen betreffend die Sanierung der Pensionskasse für das Staatspersonal abgestimmt, die vom gleichen Initianten erfolgreich lanciert worden waren. Beide Initiativvorlagen scheiterten, wobei die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen bei der letztlich vom Initianten präferierten Vorlage Win-Win-50 nur 57 Stimmen ausmachte.

Mittels einer repräsentativen Meinungsumfrage, die nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde, konnten die Motive für die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erhoben werden.

Es zeigt sich, dass die meisten soziodemografischen Merkmale – Alter, Geschlecht, Ausbildung u.a. – das Abstimmungsverhalten nicht oder kaum erklären können. Das Gleiche gilt für grundsätzliche Einstellungen und Werthaltungen, etwa die Positionierung auf einer Links-Rechts-Achse, konservative oder progressive Grundhaltung, Einstellungen zu Fragen der aussenpolitischen Öffnung, des Umweltschutzes, der Chancengleichheit und weiteren. Ebenso kommt der Parteibindung kaum eigenständige Erklärungskraft zu. Es gibt zwar Korrelationen zwischen der Parteiidentifikation und dem Abstimmungsverhalten, aber nur im Falle der Freien Liste kann ein moderater Parteeffekt nachgewiesen werden.

Einen herausragenden Einfluss auf das Stimmverhalten übte die direkte oder indirekte Betroffenheit aus. Wer selbst in der

staatlichen Pensionskasse versichert ist, hat in den meisten Fällen (83 Prozent) gegen die Vorlagen des Initianten votiert. Auch wenn nahestehende Personen in der staatlichen Pensionskasse versichert sind, hat dies zu einer deutlichen Ablehnung der Initiativen geführt. Umgekehrt unterstützten rund drei Viertel derjenigen, die weder direkt noch indirekt mit der Pensionskasse in Verbindung stehen, den Initianten.

Diese interessengeprägte Zweiteilung des Elektorats widerspiegelt sich in den meistgenannten Argumenten für und gegen die Initiativvorlagen. Befürworter der Vorlagen sprachen sich gegen eine Privilegierung von Staatsangestellten aus, kritisierten die hohen Kosten und den zu geringen Sanierungsbeitrag der Versicherten. Es lässt sich aber auch deutlicher Unmut über das Versagen der Politik in der Vergangenheit feststellen, sodass mit dem Ja-Stimmentscheid auch ein Zeichen gegen die Politik gesetzt werden sollte.

Bei den Gegnern der Vorlagen war die eigene Betroffenheit der meistgenannte Grund für den Nein-Entscheid. Sie kritisierten vor diesem Hintergrund die hohen Belastungen, die die Initiativen für die Versicherten gebracht hätten, ferner auch unrealistische Annahmen und Berechnungsfehler des Initianten sowie die Gefahr eines neuen Sanierungsfalls bei Annahme der Initiativen.

Neben der Betroffenheit erweist sich das Vertrauen in die Politik als Schlüsselgrösse

im Abstimmungsverhalten. Im Ja-Lager ist das Vertrauen in Regierung, Landtag und Parteien deutlich geringer als im Nein-Lager. Auf einer Skala von 0 bis 7 beträgt die Differenz zwischen 0,6 und 0,9 Skalenpunkte und ist hoch signifikant. Hohes Vertrauen in die Regierung, in den Landtag und in die Parteien korreliert mit mehr als 60-prozentiger Ablehnung der Initiativen, geringes Vertrauen resultiert in fast identischer Gröszenordnung in Zustimmung zu den Initiativen. Keine Korrelation zeigt sich bezüglich des Vertrauens in das Fürstenhaus und in die Gerichte. Die höchste Erklärungskraft für das Abstimmungsverhalten im Kontext des Vertrauens in die Institutionen kommt speziell dem Vertrauen in die Regierung zu.

Gleiches gilt für die Erwartung, ob man der Politik die Lösung des Pensionskassenproblems zutrauen könne. Erwartungsgemäss zeigt sich eine grosse Differenz zwischen den Zustimmenden und Ablehnenden. Das Vertrauen in die Politik und deren Problemlösungskompetenz erklärt dabei einen Grossteil des leicht divergierenden Stimmverhaltens von Jüngeren und Älteren. Die Skepsis gegenüber der Politik ist bei den Älteren, die auch den Initiativen überdurchschnittlich zugestimmt haben, deutlich ausgeprägter als bei den Jungen.

Wer für die Initiativen gestimmt hat, weist auch eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechten-

# Zusammenfassung

stein auf. In die Demokratiezufriedenheit fliessen allerdings auch Bewertungen des politischen Systems, also unter anderem die Frage der Monarchie, mit ein. Diese Frage hat den Stimmentscheid jedoch nicht beeinflusst. Die Korrelation zwischen der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der tendenziellen Zustimmung zu den Initiativen ist auf das unterschiedliche Vertrauen in Regierung, Landtag und Parteien zurückzuführen.

Bei der Bewertung von Aussagen zu den Pro- und Contra-Schlüsselargumenten, die alle Befragten vornehmen mussten, gehen die Meinungen der Befürworter und Gegner fast diametral auseinander. Dies betrifft beispielsweise die Fragen, ob die Staatsangestellten mit ihren Pensionen privilegiert seien, ob sie mehr zu Sanierung der Pensionskasse beitragen sollten, ob die Initiativen die Gefahr eines Sanierungsfalls in sich bergen oder ob man den Politikern die Lösung des Problems zutrauen könne. Einig ist man sich allerdings darin, dass auf keinen Fall ein neuer Sanierungsfall entstehen darf.

Für 45 Prozent der Befragten – insbesondere die direkt Betroffenen – war von vornherein klar, wie sie abstimmen würden. Dies ist im Vergleich zu den letzten Volksabstimmungen in Liechtenstein ein sehr tiefer Wert. Bei anderen Abstimmungen in den Jahren 2011 und 2012 lag dieser Wert bei 50 bis 83 Prozent. Während der Abstimmungskampagne wurden also noch in ho-



hem Ausmass Meinungen gebildet. Dabei werden persönliche Gespräche, Beiträge in den Landeszeitungen (einschliesslich Leserbrief), Informationsveranstaltungen und die Abstimmungsinformation der Regierung als wichtigste Informationsquellen genannt.

In der Umfrage gaben rund 50 Prozent der Befragten an, dass sie bei Win-Win-50 mehr Zustimmung erwartet hätten, bei Win-Win-90 hätten rund 50 Prozent dagegen eine höhere Ablehnung erwartet. Vor allem dieje-

nigen, die den Initiativen selbst zustimmten, erwarteten mehr Zustimmung.

Auffällig war bei der Volksabstimmung die stärkere Unterstützung der Initiativen im Oberland als im Unterland. Dies hängt möglicherweise mit dem relativ grösseren Anteil an gesammelten Unterschriften im Oberland, der damit einhergehenden interpersonellen Kommunikation und den daraus potenziell resultierenden Multiplikatoreffekten zusammen.

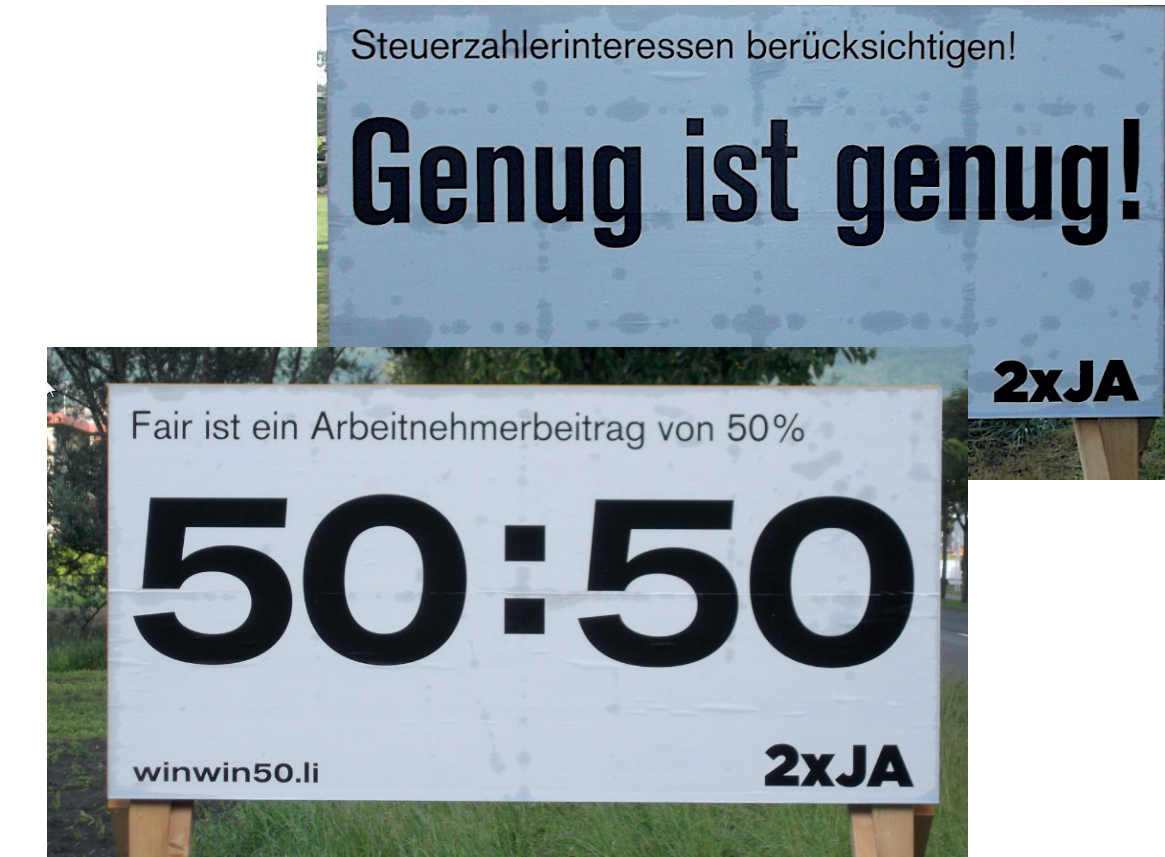
## Abstimmungshistorie

Am 15. Juni 2014 gelangten zwei Volksinitiativen zum gleichen Sachverhalt, nämlich zur Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), zur Abstimmung. In der Sache ging es um die Frage, wie die Deckungslücke der Pensionskasse von rund 300 Millionen Franken geschlossen werden soll.

Der Initiant beider Initiativen, Nikolaus Frick, wollte mit der am 26. August 2013 angemeldeten Volksinitiative «Pensionskasse Win-Win» (in der späteren Diskussion als «Win-Win-90» bezeichnet) eine Alternative zu einem Regierungsentwurf anbieten, welchem der Landtag in seiner Sitzung vom 6. September 2013 zustimmte.

Der Landtag wartete mit seinem Beschluss nicht auf eine erfolgreiche Unterschriftensammlung des Initianten und ordnete für den eigenen Beschluss auch keine Volksabstimmung an. Das neue Gesetz sollte am 1. Juli 2014 in Kraft treten. Gegen diesen Landtagsbeschluss wurde kein Referendum ergriffen.

Die von Nikolaus Frick am 26. August 2013 angemeldete Initiative wurde von Regierung und Landtag im Zuge des Vorprüfverfahrens für unzulässig erklärt, argumentativ untermauert von einem externen Rechtsgutachten. Gegen diesen Nichtigkeitsbeschluss des Landtages erhob der Initiant Beschwerde beim Staatsgerichtshof. Dieser entschied in der Sitzung vom 28. Februar 2014 (StGH



Plakate für die Initiativen, an diversen Standorten in Liechtenstein aufgestellt.

2013/183) im Sinne des Initianten, sodass der Landtag schliesslich am 12. März 2014 Zulässigkeit der Initiative feststellte.

Am 22. Oktober 2013 hatte der Initiant jedoch bereits eine zweite Initiative – «Win-Win-50» – angemeldet, die wesentliche Kritikpunkte aus dem Gutachten berücksichtigte und von Regierung und Landtag für zulässig erklärt wurde.

Die Unterschriftensammlung für die Initiative Win-Win-50 endete mit 2'327 gültigen

Unterschriften (1'000 wären nötig gewesen). Aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofes startete der Initiant nach der Zulässigerklärung durch den Landtag im März 2014 auch die Unterschriftensammlung für die zuerst angemeldete Initiative «Pensionskasse Win-Win» (fortan: Win-Win-90), die mit 2'361 gültigen Unterschriften ebenfalls erfolgreich abgeschlossen wurde. Da diese Unterschriftensammlung unter Hochdruck erfolgte und deutlich vor Ende der Sammelfrist

# Abstimmungshistorie

eingereicht wurde, konnten beide Initiativen am gleichen Tag zur Abstimmung gebracht werden.

Der Initiant hatte zwar für beide Initiativen eine Rückzugsklausel vorgesehen. Davon machte er jedoch keinen Gebrauch, sodass am 15. Juni 2014 beide Vorlagen des gleichen Initianten zur Abstimmung kamen.

Das Abstimmungsverfahren wurde nach der Methode des doppelten Ja durchgeführt. Wer beiden Vorlagen zustimmte, sollte auf dem Stimmzettel angeben, welcher Initiative man den Vorzug gibt. Falls beide Initiativen mehr als 50 Prozent Zustimmung erreicht hätten, wären diese Präferenzstimmen in die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses eingeflossen. Dieses Auszählverfahren musste jedoch nicht angewendet werden, da keine der beiden Vorlagen die Mehrheit der jeweils gültig abgegebenen Stimmen erreichte.

Die staatliche Pensionskasse wurde bis Ende Juni 2014 von der Stiftung Pensionsversicherung für das Staatspersonal geführt (per 1. Juli 2014: Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein). Gemäss Geschäftsbericht 2013 waren dieser Einrichtung neben der Landesverwaltung zahlreiche öffentliche Einrichtungen angeschlossen (Liechtensteinische Kraftwerke, Landesspital, Musikschule, Gasversorgung, Telecom, Universität etc.), aber auch private Institutionen (Historischer Verein) und die Gemeinden Eschen, Planken und Vaduz, während zahlreiche Ge-

meinden per Ende 2013 ihren Austritt aus der Stiftung Pensionsversicherung erklärten.

Gemäss Jahresbericht 2013 der Stiftung Pensionsversicherung waren 2013 insgesamt 3'099 Personen aktiv versichert (1'567 Männer, 1'532 Frauen). 892 Personen bezogen eine Pension, darunter 666 eine Alterspension, 144 eine Hinterlassenenpension, 82 eine Invalidenpension.

Der Geschäftsbericht gibt keine weitere Auskunft über den Wohnsitz der Versicherten und Pensionsbezüger und ebenso wenig über deren Staatsbürgerschaft. Man kann davon ausgehen, dass die grosse Mehrheit die liechtensteinische Staatsbürgerschaft aufweist und in Liechtenstein wohnhaft ist. Somit stellte sie einen beträchtlichen Anteil der 19'448 Stimmberechtigten bei der Volksabstimmung vom 15. Juni 2014.

In der Abstimmungskampagne meldete sich der Initiant regelmässig mit Leserbriefen in den Landeszeitungen zu Wort und wurde dabei von zahlreichen anderen Leserbriefschreibern unterstützt. Auch mit Postwurfsendungen und in der Schlussphase mit Plakaten («50:50»; «Genug ist genug») machte er Werbung für die Initiativen.

Auf der Gegenseite sprachen sich die betroffenen Verbände sowie die Regierung und Parteien gegen die Initiativen aus. In den Landtagsitzungen, an welcher die zustande gekommenen Initiativen zur Abstimmung kamen, gab es keine Unterstützung aus den Rei-

## PRO-LAGER

- Nikolaus Frick
- weitere Einzelpersonen

## CONTRA-LAGER

- Regierung
- Landtag
- FBP
- VU
- FL
- Stiftung Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins (PVL)
- Finanzmarktaufsicht
- IG Nein gegen einen neuen Sanierungsfall (mit mehreren Landtagsabgeordneten als Mitgliedern)
- Weitere der staatlichen Pensionsversicherung angeschlossene Institutionen

hen des Landtags, wobei von Mitgliedern der DU-Fraktion nach der Landtagssitzung unterschiedliche Empfehlungen zur Abstimmung abgegeben wurden. Zahlreiche kontroverse Diskussionen auf Radio Liechtenstein, 1FLTV und an öffentlichen Veranstaltungen summierten sich zu einer intensiven öffentlichen Debatte über die beiden Initiativen sowie das von Regierung und Landtag beschlossene Gesetz.

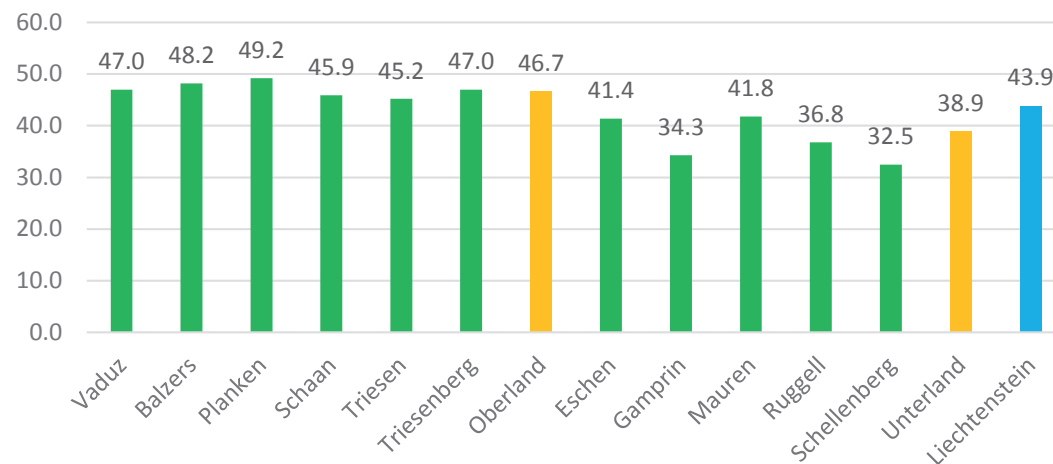
# Volksabstimmung – Zustimmung zu Initiativen

Die Initiative «Pensionskasse Win-Win» (Win-Win-90) erhielt 43,9 Prozent Zustimmung, während die Initiative «Win-Win-50» mit 49,7 Prozent nur sehr knapp scheiterte. Die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen betrug lediglich 57 Stimmen.

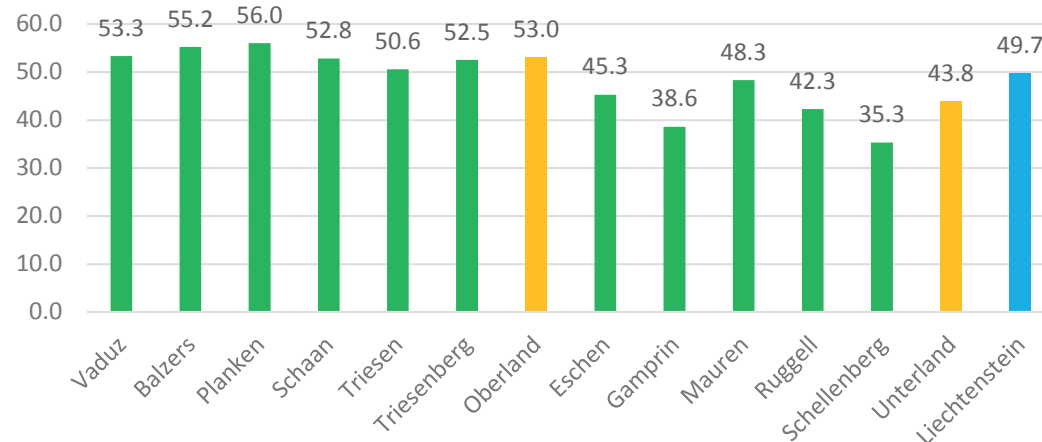
Keine der beiden Initiativen erreichte die erforderliche Mehrheit. Das vom Landtag am 6. September 2013 beschlossene neue Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates konnte wie geplant am 1. Juli 2014 in Kraft treten.

	Zahl
Stimmberechtigte	19'448
Abgegebene Stimmkarten	13'907
Stimmbeteiligung	71.51%
Total gültige Stimmen	13'433
Ja Win-Win-90	5'670
Nein Win-Win-90	7'257
Total gültig Win-Win-90	12'927
Zustimmung Win-Win-90	43.86%
Ja Win-Win-50	6'658
Nein Win-Win-50	6'715
Total gültig Win-Win-50	13'373
Zustimmung Win-Win-50	49.79%

Zustimmung «Win-Win-90» (in Prozent)



Zustimmung «Win-Win-50» (in Prozent)



# Volksabstimmung

## – Abstimmungsvarianten

Da am 15. Juni 2014 zwei Initiativen zur Abstimmung gelangten, gab es zahlreiche Varianten, wie man den Stimmzettel ausfüllen konnte: zwei Mal Ja, Ja-Nein, Ja-Ungültig, Nein-Ja, Ungültig-Ja, zwei Mal Nein, Nein-Ungültig, Ungültig-Nein. Im Falle eines doppelten Ja kommen noch die Varianten mit Präferenz von Win-Win-90 oder Win-Win-50 sowie ohne oder mit ungültiger Präferenz hinzu.

Stimmvarianten	Stimmen
Ja-Ja	5'590
Ja-Nein	34
Ja-Ungültig	46
Nein-Ja	567
Ungültig-Ja	501
Nein-Nein	6'676
Nein-Ungültig	14
Ungültig-Nein	5
TOTAL	13'433

[www.abstimmung.li](http://www.abstimmung.li)

Es zeigt sich, dass die grosse Mehrheit entweder beiden Initiativen zugestimmt hat oder beide Initiativen abgelehnt hat. Falls nur einer der beiden Initiativen zugestimmt wurde, lag die Präferenz vornehmlich bei der Initiative Win-

Win-50 (Nein-Ja; Ungültig-Ja), was auch der Empfehlung des Initianten entsprach.

Das Abstimmungsverhalten lässt dennoch erkennen, dass sich die Initiativen teilweise konkurrenziert haben. 34 «Ja-Nein»-Stimmzettel zugunsten von Win-Win-90 und 46 «Ja-Ungültig»-Stimmzettel (beide also ohne Zustimmung zu Win-Win-50) wären vermutlich Stimmen für Win-Win-50 geworden, wenn Win-Win-90 nicht zur Auswahl gestanden hätte. Das waren insgesamt 80 Stimmen. Damit wäre eine knappe Mehrheit zugunsten von Win-Win-50 zu erzielen gewesen, da die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen bei Win-Win-50 nur 57 Stimmen betrug.

Ein rechtzeitiger Rückzug der als weniger überzeugend eingestuften Win-Win-90-Initiative hätte den Stimmenverlust der Win-Win-50-Initiative an die Win-Win-90-Initiative verhindern können und möglicherweise eine Mehrheit für Win-Win-50 in der Volksabstimmung gebracht.

Bei den Vorzugsstimmen im Falle eines doppelten Ja zeigt sich wiederum eine klare Präferenz für Win-Win-50. Falls beide Initiativen eine Mehrheit erreicht hätten, hätte die Win-Win-50-Initiative klar triumphiert.

Vorzug bei doppeltem Ja	Stimmen
Win-Win-90	893
Win-Win-50	3'710
Leer/Ungültig	987
TOTAL	5'590

[www.abstimmung.li](http://www.abstimmung.li)



# Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

Filter: Nur Unterschriftensammlung und Berechnungen zu Win-Win-50

Korrelation nach Pearson: Unterschriftenanteil und Ja-Stimmen-Anteil = .827 (sig .002)

Das Soll an Unterschriften (1'000) wurde bei beiden Initiativen deutlich übertroffen. Bei Win-Win-90 wurden 2'361 gültige Unterschriften eingereicht, bei Win-Win-50 in kürzester Zeit 2'327.

Die Unterschriftensammlung war in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich erfolgreich. In Gamprin wurden für die Win-Win-50-Initiative 5,7 Prozent aller dortigen Stimmberechtigten für eine Unterschrift gewonnen. Dies ist der tiefste Wert aller Gemeinden. In Planken wurde mit 18,4 Prozent der höchste Wert erreicht. Insgesamt gaben im Unterland 8,3 Prozent der Unterländer Stimmberechtigten eine Unterschrift für Win-Win-50, im Oberland 13,9 Prozent (Land: 12,0 Prozent).

Das Abstimmungsresultat weist eine hoch signifikante Korrelation mit dem Anteil der in den einzelnen Gemeinden gesammelten Unterschriften auf. In Gemeinden, in denen unterdurchschnittlich viele Unterschriften gesammelt wurden, fiel auch das Abstimmungsresultat für die

Gemeinde	Gültige Unterschriften	Prozent der Stimmberechtigten	Zustimmung zu Win-Win-50
Vaduz	322	12.3	53.3
Balzers	306	11.7	55.2
Planken	45	18.6	56.0
Schaan	465	15.6	52.8
Triesen	310	12.3	50.6
Triesenberg	313	18.4	52.5
<b>OBERLAND</b>	<b>1761</b>	<b>13.9</b>	<b>53.0</b>
Eschen	187	8.5	45.3
Mauren	179	9.0	48.3
Gamprin	48	5.7	38.6
Ruggell	117	10.0	42.3
Schellenberg	35	6.0	35.3
<b>UNTERLAND</b>	<b>566</b>	<b>8.3</b>	<b>44.0</b>
<b>LAND</b>	<b>2327</b>	<b>12.0</b>	<b>49.8</b>

Quelle: [www.abstimmung.li](http://www.abstimmung.li) (Eigene Berechnungen)

Initiative Win-Win-50 unterdurchschnittlich aus. Dies trifft auf alle Unterländer Gemeinden zu.

Die Kausalitätsfrage ist damit nicht geklärt. Bei der Suche nach Erklärungen für das unterschiedliche Abstimmungsverhalten im Ober- und Unterland wurden verschiedene Vermutungen geäussert,

etwa dass im Unterland prozentual mehr von der Pensionskasse Betroffene wohnen oder dass das Unterland regierungstreuer abgestimmt habe, da stärker von der FBP geprägt. Beides lässt sich auf Basis der bestehenden Datenlage empirisch nicht nachweisen. Speziell den Einfluss der Parteinäigung betref-

## Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

find lässt sich auf Ebene der Aggregatdaten keine Korrelation zwischen dem Wahlabschneiden der FBP in den einzelnen Gemeinden und dem Ergebnis der Volksabstimmung feststellen. Das Gleiche gilt auch für die anderen Parteien, wobei man theoretisch einen Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg von DU und einem eher regierungskritischen Abstimmungsverhalten hätte erwarten können. Andererseits zeigte sich die DU-Fraktion gespalten, wobei die Initiativen von den Oberländer Abgeordneten Unterstützung erhielten.

Dieser Befund zu kaum oder nicht vorhandenen Parteeffekten bestätigt frühere Feststellungen, wonach die Stimmberechtigten zwischen Wahlen und Abstimmungen klar unterscheiden und die Parteien in Volksabstimmungen nur beschränkt auf Gefolgschaft zählen können.

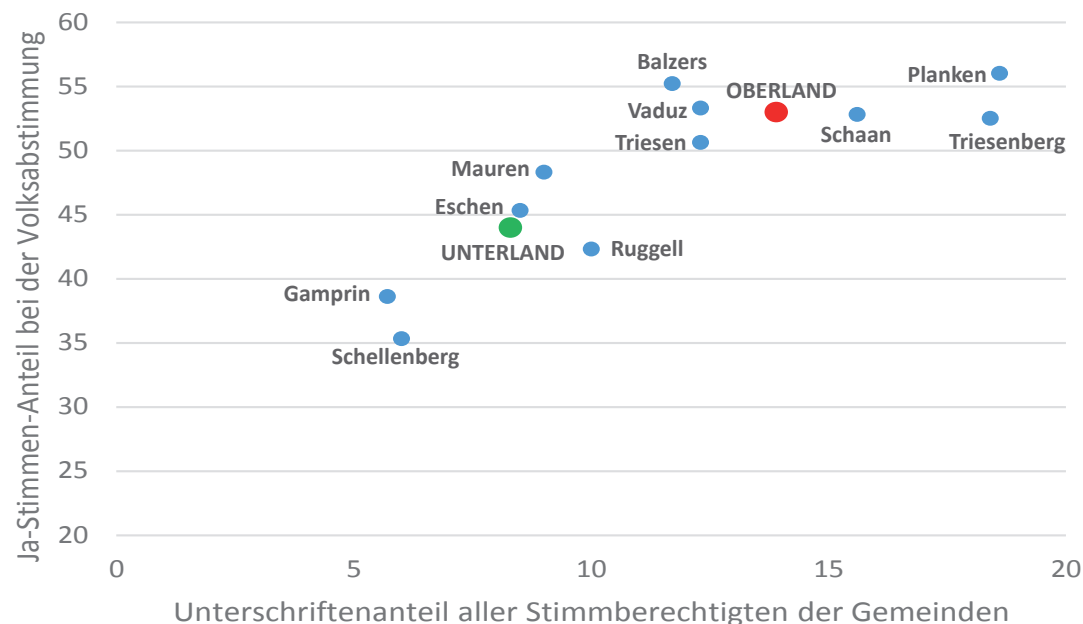
Für einen Effekt der Unterschriftensammlung auf das Abstimmungsverhalten spricht hingegen die aufgezeigte Korrelation. Der kausale Zusammenhang könnte dadurch entstanden sein, dass bei der Unterschriftensammlung ein persönlicher Kontakt zu Stimmberechtigten hergestellt wird, dabei bereits argumentiert

und Überzeugungsarbeit geleistet wird, die meist persönlich bekannten Unterschriftensammler als Referenz für den Stimmentscheid dienen (Testimonial) sowie im Sinne eines konsistenten Verhaltens nach der Unterschrift für eine Initiative auch ein Ja an der Urne folgt.

Es ist allerdings auch der kausale Zusammenhang denkbar, dass im Un-

terland mehr Betroffene wohnen und daher die Unterschriftensammlung dort schlechter lief. Für eine Überrepräsentanz von Betroffenen im Unterland gibt es jedoch keine statistischen Belege und es ist mindestens auszuschliessen, dass die grosse Differenz an gesammelten Unterschriften allein damit erklärt werden kann.

Unterschriftenanteil und Zustimmung zu Win-Win-50 in den Gemeinden



## Abstimmungsumfrage

Im Auftrag des Liechtenstein-Instituts wurde eine telefonische Meinungsumfrage unmittelbar nach der Volksabstimmung durchgeführt, die nach zehn Tagen am zweiten Mittwoch nach der Volksabstimmung abgeschlossen werden konnte. Am Fronleichnam-Feiertag (19. Juni) wurden keine Interviews durchgeführt. Die in der Befragungsperiode stattfindende Fussballweltmeisterschaft mit den Fernsehübertragungen um 18 Uhr stellte eine zusätzliche Hürde bei der Befragung dar.

Im Segment der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen wurde die Quotenvorgabe unterschritten. In der Datenauswertung wird mit einem Gewichtungsfaktor gearbeitet, um diese Abweichungen sowie die Abweichung vom Abstimmungsresultat (Zustimmende und Ablehnende) auszugleichen.

Für die statistische Auswertung wurden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet. Hervorzuheben ist insbesondere die Zusammenfassung derjenigen, die beiden Initiativen oder nur einer der beiden Initiativen zugestimmt haben, zur gemeinsamen Kategorie der «Zustimmenden».

In der Umfrage konnten nicht alle Stimmzettel-Varianten einzeln abgefragt werden, da dies zu komplex ist und andererseits auch Erinnerungslücken

wahrscheinlich sind. Es wurde gefragt, ob man beiden Initiativen zugestimmt, beide abgelehnt, nur Win-Win-90 oder nur Win-Win-50 unterstützt oder leer beziehungsweise ungültig eingelegt habe.

In diesem Bericht wird in einem ersten Schritt herausgearbeitet, welches die Gründe für das individuelle Abstimmungsverhalten – einschliesslich des ungültigen Abstimmens oder der Nichtteilnahme – waren. Es wird auch spezifisch danach gefragt, worin sich die Motive bei der Zustimmung für die eine oder die andere Initiative unterscheiden.

Danach werden in den weiteren Auswertungen und Darstellungen unter den Zustimmenden alle zusammengefasst, die beide oder auch nur eine der beiden Initiativen unterstützt haben. Unter den Ablehnenden werden diejenigen erfasst, die beide Initiativen abgelehnt haben.

Bei bivariaten Analysen (Kreuztabellen) wird als Assoziationsmass Cramer-V mit Werten zwischen 0 und 1 angegeben, wobei ein hoher Wert auf einen starken Zusammenhang von zwei Variablen hinweist. Die Signifikanz des Zusammenhangs wird mit n.s. (nicht signifikant) oder mit dem betreffenden Wert ausgewiesen. Werte  $\text{sig} < .050$  gelten als schwach signifikant,  $\text{sig} < .010$  als stark signifikant,  $\text{sig} < .001$  als hoch signifikant.

In der Umfrage erfasste Personen	
Stimmverhalten	Fälle
Ja zu beiden Initiativen	134
Nur Win-Win-90	4
Nur Win-Win-50	66
Total Zustimmende	204
Nein zu beiden Initiativen	239
<b>Abstimmende</b>	<b>443</b>
Ungültig/Leer	5
Nicht abgestimmt	42
Keine Angabe	11
<b>TOTAL</b>	<b>501</b>

## Informationen zur Datenerhebung

Auftraggeber	Liechtenstein-Institut
Umfrageinstitut	LINK Luzern
Fragebogen	Auftraggeber
Methode	CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing)
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte in Liechtenstein
Stichprobengrösse, realisierte Interviews	501
Stichprobenziehung	Random-Quota
Quotierung	Nach Altersgruppen und Geschlecht
Feldzeit	16. bis 25. Juni (ohne 19. Juni, Fronleichnam)
Vertrauensbereich/Messgenauigkeit	Maximal +/- 4,4 Prozent bei 95 Prozent Sicherheit
Daten	SPSS Datensatz
Gewichtung	Nach Altersgruppen, Geschlecht, Stimmentscheid

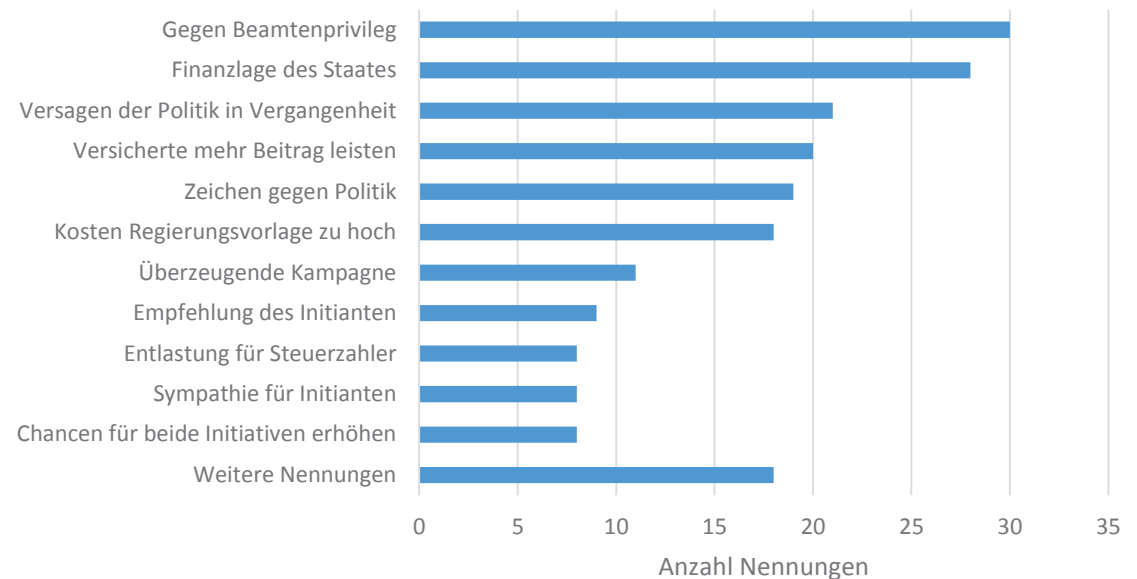
## Hauptsächliche Gründe für Zustimmung zu beiden Initiativen

Filter: Nur Zustimmende für beide Initiativen  
(N=134)

Für die Zustimmung wurden in erster Linie Argumente ins Feld geführt, die sich gegen eine privilegierte Stellung der Staatsangestellten richteten und die zu hohen Kosten der Regierungsvorlage, insbesondere auch vor dem Hintergrund der laufenden Sparanstrengungen, thematisierten. Daneben wurde mit der Unterstützung der Initiativen auch ein Zeichen gegen die Politik und das Versagen der Politik in der Vergangenheit gesetzt.

*Die Frage nach den hauptsächlichsten Gründen für die Zustimmung zu beiden Initiativen wurde offen gestellt und die Antworten verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

Gründe für Zustimmung zu beiden Initiativen  
(Mehrfachnennungen möglich)



## Stichfrage im Falle eines doppelten Ja

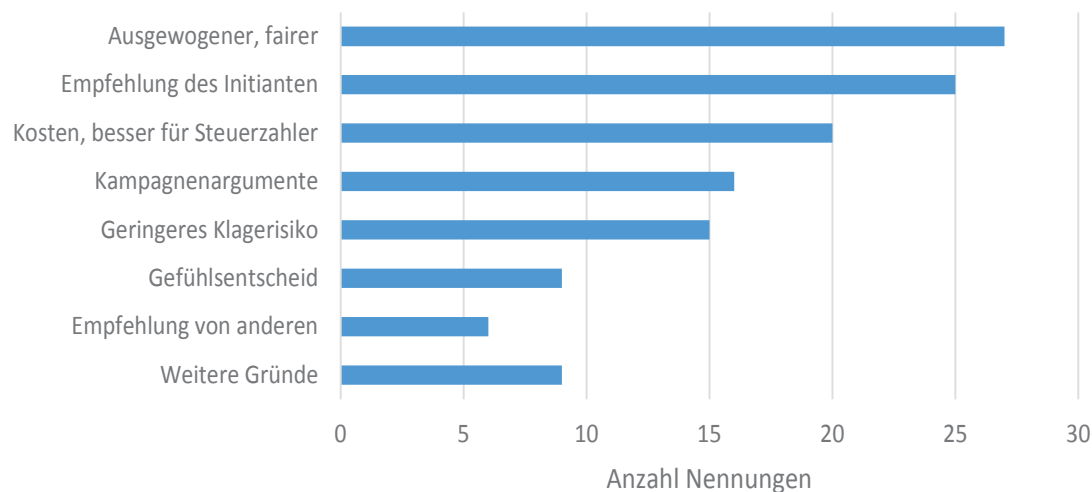
Filter: Nur Zustimmung für beide Initiativen  
(N=134)

Die grosse Mehrheit der doppelt Ja-Stimmenden folgte in der Stichfrage der Empfehlung des Initianten und votierte für Win-Win-50. Die Stichfrage wurde bei der Auszählung nicht relevant, da keine der beiden Initiativen eine Mehrheit erreichte.

Insgesamt gaben 106 Befragte mit doppeltem Ja an, dass sie Win-Win-50 den Vorzug gaben, gegenüber 13 mit Präferenz für Win-Win-90. Acht gaben keine Präferenz an. Der Empfehlung des Initianten wurde somit weitgehend, aber nicht vollständig, Folge geleistet. Dies korrespondiert mit dem amtlichen Abstimmungsresultat.

Die hauptsächlichen Gründe für den Vorzug von Win-Win-50 waren, dass Win-Win-50 weniger einschneidend für die Betroffenen sei als Win-Win-90, ferner die Empfehlung des Initianten und dessen Argumente, die Kosteneinsparung (was sich aber eigentlich nicht als Gegenargument zur Win-Win-90-Initiative anbietet) sowie das geringere Klagerisiko bei Win-Win-50.

### Gründe für Stichentscheid zugunsten Win-Win-50 (Mehrfachnennungen)



Die wichtigsten genannten Gründe für den Vorzug von Win-Win-90 in der Stichfrage waren die geringeren Kosten bzw. dass es für den Steuerzahler günstiger sei (wegen der geringen Fallzahl ist dies nur als Tendenz zu werten und wird hier grafisch nicht dargestellt).

*Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die Präferenz von Win-Win-50 oder Win-Win-90 im Falle eines Ja zu beiden Initiativen wurde offen gestellt und die Antworten verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

## Hauptsächliche Gründe für exklusive Zustimmung zu Win-Win-90

Filter: Nur Zustimmende zu Win-Win-90, ohne  
Win-Win-50

(N=4)

Insgesamt gaben nur 4 Befragte an, nur die Win-Win-90-Initiative unterstützt zu haben.

Aufgrund der geringen Fallzahl ist eine statistische Auswertung nicht möglich. Dies betrifft sowohl die Frage, weshalb man nur für Win-Win-90 votiert hat und ebenso die Frage, was gegen die Win-Win-50-Initiative gesprochen hat.

## Hauptsächliche Gründe für exklusive Zustimmung zu Win-Win-50

Filter: Nur Zustimmende zu Win-Win-50, ohne Win-Win-90

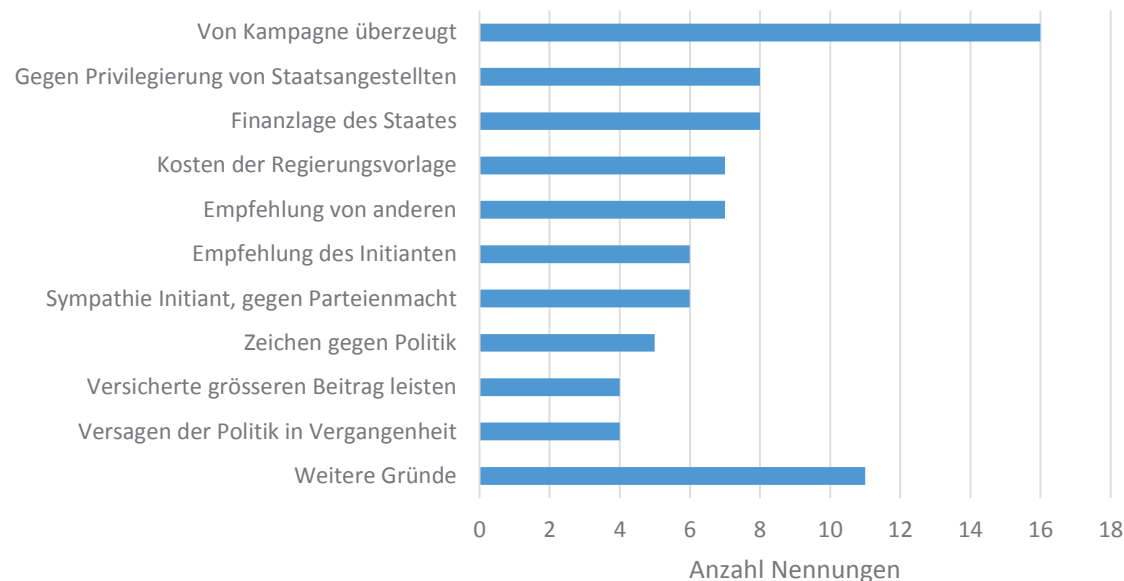
(N=66)

Insgesamt gaben 66 Befragte an, nur die Win-Win-50-Initiative unterstützt zu haben.

Den Ausschlag zugunsten der Win-Win-50-Initiative und gegen die Win-Win-90-Initiative war grossteils eine Folge der Kampagne und der Empfehlung des Initianten selbst oder von Bekannten. Ansonsten ist die Begründung ähnlich wie bei der Zustimmung zu beiden Initiativen: Es ist ein Votum gegen die Privilegierung von Staatsangestellten in der Pensionsversicherung und für die Einsparung von Kosten angesichts der angespannten Finanzlage des Staates.

*Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die exklusive Zustimmung zu Win-Win-50 wurde offen gestellt und nachträglich verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

### Gründe für exklusive Zustimmung zu Win-Win-50 (Mehrfachnennungen)





## Hauptsächliche Gründe für Ablehnung von Win-Win-90 bei Zustimmung zu Win-Win-50

Filter: Nur Zustimmende zu Win-Win-50, ohne Win-Win-90

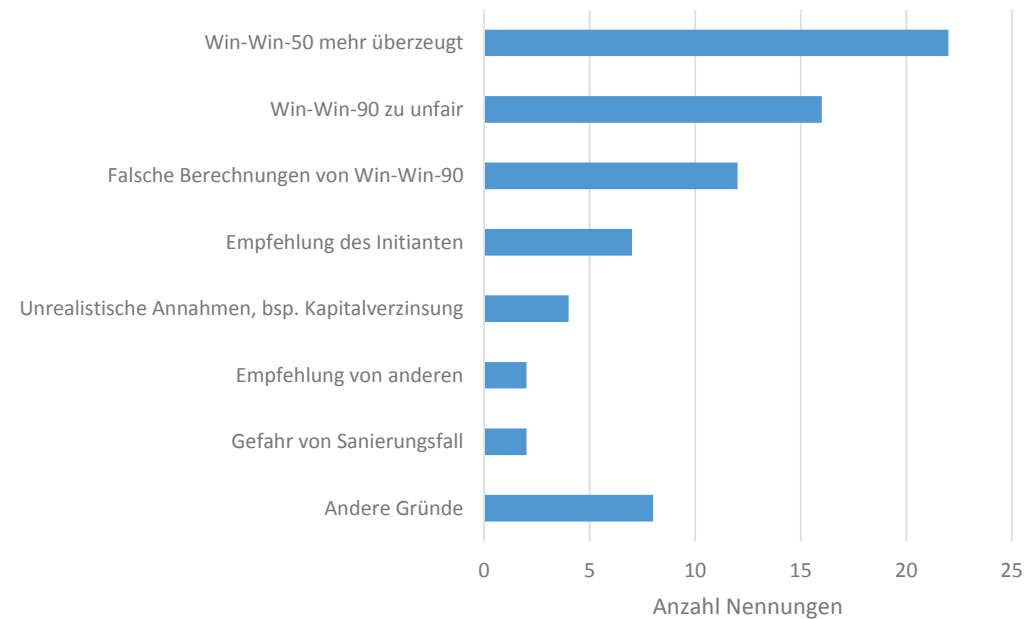
(N=66)

Insgesamt gaben 66 Befragte an, nur Win-Win-50 zugestimmt zu haben.

Die wichtigsten Gründe gegen Win-Win-90 waren die Präferenz für Win-Win-50, der zu rigorose und unfaire Charakter von Win-Win-90 sowie falsche Berechnungen bei Win-Win-90, die im Verlauf der Kampagne auch vom Initianten eingeräumt wurden.

*Die Frage nach den hauptsächlichsten Gründen für die Ablehnung von Win-Win-90 derjenigen, die Win-Win-50 zugestimmt haben, wurde offen gestellt und nachträglich verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

Gründe gegen Win-Win-90 bei Zustimmung zu Win-Win-50 (Mehrfachnennungen)



# Hauptsächliche Gründe für die Ablehnung beider Initiativen

Filter: Nur Ablehnende von beiden Initiativen  
(N=239)

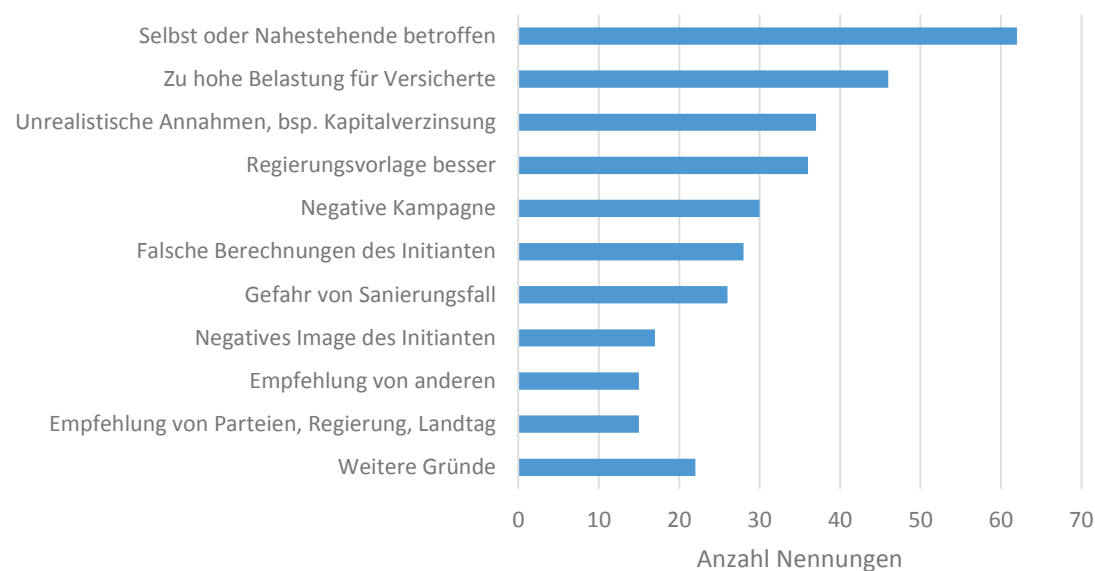
Insgesamt gaben 239 Befragte an, dass sie beide Initiativen abgelehnt haben.

Die Betroffenheit der Befragten selbst oder von nahestehenden Personen und die aus dieser Perspektive kritisierte zu hohe Belastung für die Versicherten schwingt bei den Gründen für die Ablehnung der Initiativen obenaus. Die Ablehnenden bevorzugten die Regierungsvorlage und äusserten Kritik an den Initiativvorlagen (unrealistische Annahmen, falsche Berechnungen, Gefahr eines künftigen Sanierungsfalls) sowie Kritik am Initianten und an der Kampagne des Initianten.

Empfehlungen von Bekannten, von Parteien oder anderen Akteuren spielten nach Auskunft der Befragten eher eine untergeordnete Rolle beim Stimmentcheid.

*Die Frage nach den hauptsächlichsten Gründen für die Ablehnung beider Initiativen wurde offen gestellt und verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

Gründe für die Ablehnung beider Initiativen  
(Mehrfachnennungen)



## Hauptsächliche Gründe für leeres oder ungültiges Abstimmen

Filter: Nur ungültig oder leer Stimmende  
(N=5)

Sowohl bei der Volksabstimmung wie auch bei der Umfrage ist das Segment der leer oder ungültig Abstimmenden sehr klein. In der Umfrage waren dies 5 Fälle. Aufgrund dieser kleinen Fallzahl ist eine statistische Auswertung nicht möglich.

## Hauptsächliche Gründe für Nichtteilnahme an der Volksabstimmung

Filter: Nur Stimmberechtigte, die an der Volksabstimmung nicht teilgenommen haben

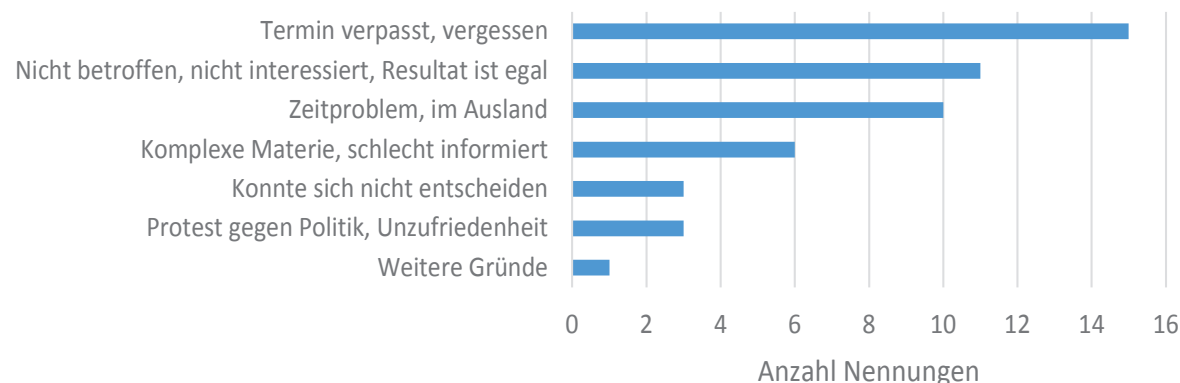
(N=42)

Knapp 30 Prozent haben an der Volksabstimmung nicht teilgenommen. Bei Umfragen liegt dieser Anteil erfahrungsgemäss jeweils deutlich tiefer, weil Abstimmungsabstinenten wenig motiviert sind, an einer Befragung teilzunehmen. 42 Befragte gaben an, an der Abstimmung nicht teilgenommen zu haben. Aufgrund der geringen Fallzahl und der geringen Antwortbereitschaft ist die Repräsentativität dieses Segmentes nicht gesichert und dementsprechend ebenso wenig die Auswertung dieser Daten.

Die Antworten deuten darauf hin, dass bei den Nichtteilnehmenden die mangelnde Betroffenheit eine Rolle spielt, mit der Folge, dass man den Termin vergessen hat. Teilweise wird auch ein Zeitproblem erwähnt. Nur selten wird angegeben, wegen der Komplexität der Materie nicht an der Abstimmung teilgenommen zu haben.

Hätten sich die Nichtteilnehmenden entscheiden müssen, zeichnet sich ein

### Gründe für Nichtteilnahme an der Abstimmung (Mehrfachnennungen)



Patt zwischen der Zustimmung zu einer oder mehreren Initiativen und der Ablehnung beider Initiativen ab. Es bleibt daher offen, ob eine weitere Mobilisierung dem Initianten geholfen hätte oder nicht. Etwa die Hälfte der Nichtteilnehmenden weiss zudem nicht, wie sie abgestimmt hätte oder gab an, dass sie allenfalls leer eingeworfen hätte. Wie erwähnt handelt

es sich insgesamt um geringe Fallzahlen, sodass hierzu keine gesicherte Aussage gemacht werden kann.

*Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die Nichtteilnahme an der Volksabstimmung wurde offen gestellt und nachträglich verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.*

## Zwischenfazit

Die Umfrage zeigt, dass die Argumente des Initianten bei denjenigen, die sich für die Initiativen ausgesprochen haben, grossteils auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Win-Win-50 und Win-Win-90 sollten gegenüber der Regierungsvorlage Kosten einsparen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der laufenden Sparbemühungen des Staates – und die als privilegiert wahrgenommene Stellung der Staatsangestellten in der Pensionsversicherung sollte nach Meinung der Befürworter der Initiativen abgebaut werden. Es ist aber auch Missmut gegenüber der Politik feststellbar. Man wollte ein Zeichen setzen angesichts des wahrgenommenen Versagens der Politik, die finanziellen Probleme der staatlichen Pensionskasse in der Vergangenheit rechtzeitig zu lösen.

Diejenigen, die den Initianten in der Volksabstimmung unterstützt haben, sind dabei in ihrer Präferenz zu den beiden Initiativen weitgehend der Empfehlung des Initianten gefolgt. Die grosse Mehrheit hat beiden Initiativen

zugestimmt und in der Stichfrage Win-Win-50 den Vorzug gegeben. Es gibt in der Umfrage wie auch in den amtlichen Abstimmungsergebnissen jedoch einige Fälle, bei denen Win-Win-90 der Vorzug gegeben wurde oder bei welchen nur für Win-Win-90 gestimmt wurde. Damit hat sich der Initiant in geringem Umfang selbst konkurrenziert, was angesichts des sehr knappen Scheiterns der Win-Win-50-Initiative mitunter den Ausschlag für das Scheitern beider Vorlagen gegeben hat.

Aufgrund der geringen Fallzahl von Personen, die Win-Win-90 präferiert haben, ist eine statistische Analyse der Merkmalsdifferenzen zu den Unterstützern von Win-Win-50 nicht möglich. Es ist denkbar, dass die Win-Win-90-Anhänger bewusst für eine Lösung mit grösserem Spareffekt gestimmt haben. Es ist aber auch denkbar, dass sie die beiden Initiativen verwechselt haben und eigentlich der Empfehlung des Initianten folgen wollten.

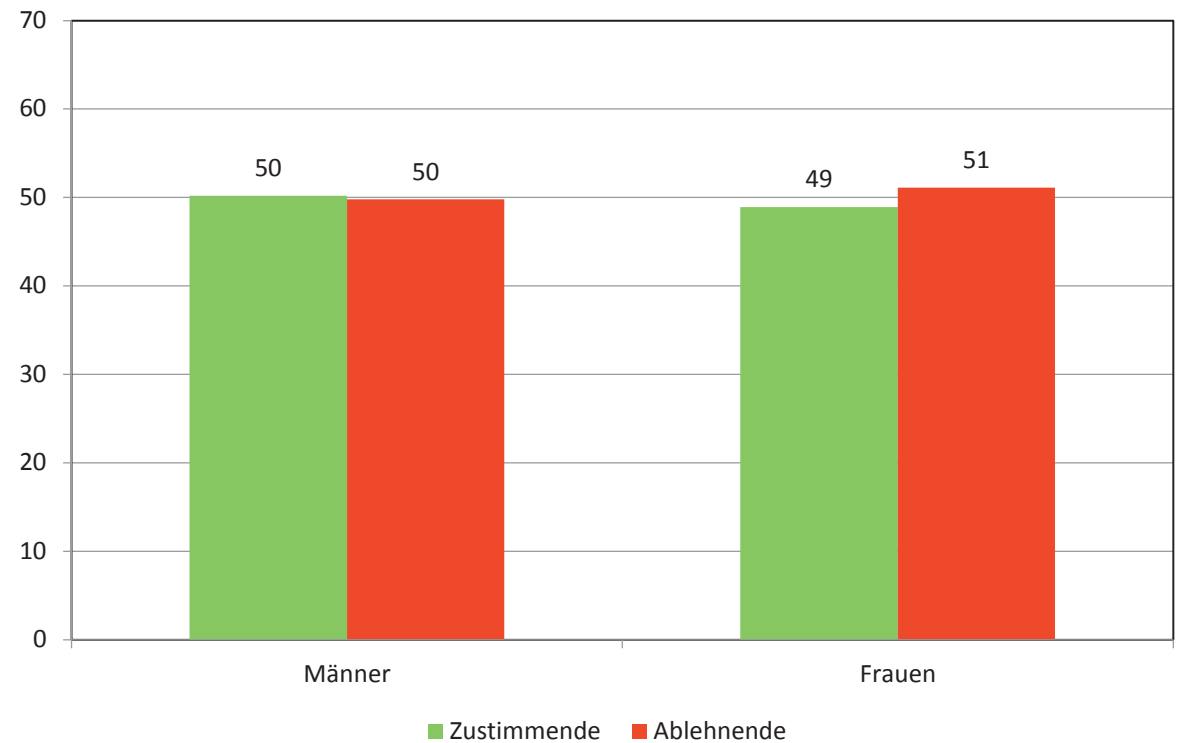
### **Begriffsbestimmung: Zustimmende und Ablehnende**

Um möglichst viele Fälle in den weiteren Berechnungen und Darstellungen zu repräsentieren, werden alle einfach oder doppelt Ja-Stimmenden zusammengefasst. Insgesamt unterscheiden sich die Zustimmungsmotive der Befürworter der beiden Initiativen ohnehin nur sehr geringfügig. In den nachfolgenden Darstellungen werden daher unter den Zustimmungenden alle Unterstützer der Initiativen Win-Win-50 und/oder Win-Win-90 verstanden, während unter den Ablehnenden diejenigen erfasst sind, die beide Initiativen abgelehnt haben.

## Zustimmung und Ablehnung nach Geschlecht (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmung oder Ablehnende  
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid  
N = 440 / Cramer-V = .010 (n.s.)

Das Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern zeigt keine signifikante Differenz.



## Zustimmung und Ablehnung nach Alter (in Prozent)

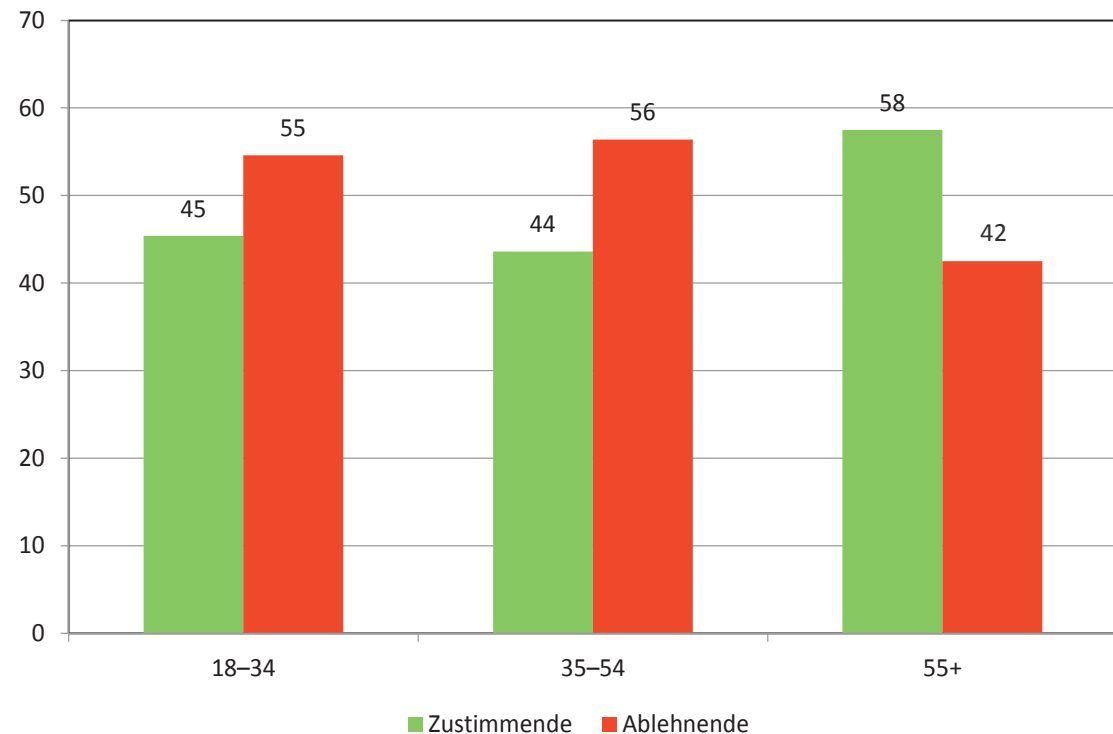
Filter: Nur Zustimmende und Ablehnende  
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid  
N = 439 / Cramer-V = .132 (sig .022)

Bei den Altersgruppen unterscheiden sich die Älteren (55+) im Stimmentscheid von den beiden jüngeren Alterssegmenten. Bei den Älteren gab es eine deutliche Zustimmung, während bei den jüngeren Segmenten die Initiativen mehrheitlich abgelehnt wurden.

Der Zusammenhang ist zwar nur schwach signifikant, aber er bleibt auch bestehen, wenn mit anderen Variablen kontrolliert wird, etwa nach Geschlecht, Wahlkreis, Bildung, Regierungsvertrauen, Betroffenheit und anderem.

In der Begründung für die Zustimmung zu den Initiativen monieren insbesondere die Älteren überdurchschnittlich das Versagen der Politik in der Vergangenheit und wollten mit ihrem Stimmentscheid ein politisches Zeichen setzen.

Ein wesentlicher Grund für die stärkere Ablehnung bei den Jüngeren ist deren grösseres Vertrauen in die politischen Institutionen. Auf die Frage, ob man den Politikern die Lösung des Pensionskas-



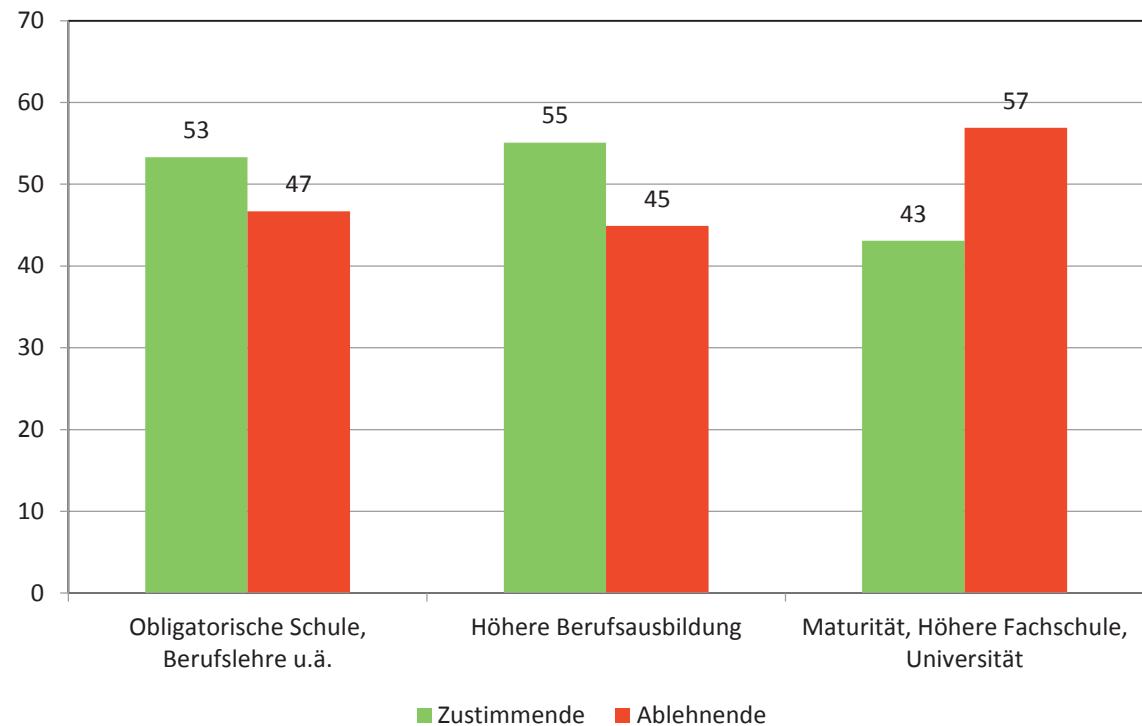
senproblems zutrauen könne, antworteten 26 Prozent der 18- bis 34-Jährigen mit Nein, verglichen mit 31 Prozent der 35- bis 54-Jährigen und 39 Prozent der mehr als 54-Jährigen.

## Zustimmung und Ablehnung nach höchster abgeschlossener Ausbildung (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende  
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid  
N = 433 / Cramer-V = .117 (n.s.)

Die Ablehnung der beiden Initiativen war im Segment mit der höchsten beruflichen Ausbildung am ausgeprägtesten.

Eine Regressionsanalyse unter Einschluss anderer Variablen zeigt allerdings, dass die erklärende Variable nicht die Bildung ist, sondern die persönliche Betroffenheit: Befragte mit höherer Bildung waren überdurchschnittlich häufig persönlich von der staatlichen Pensionskasse betroffen.





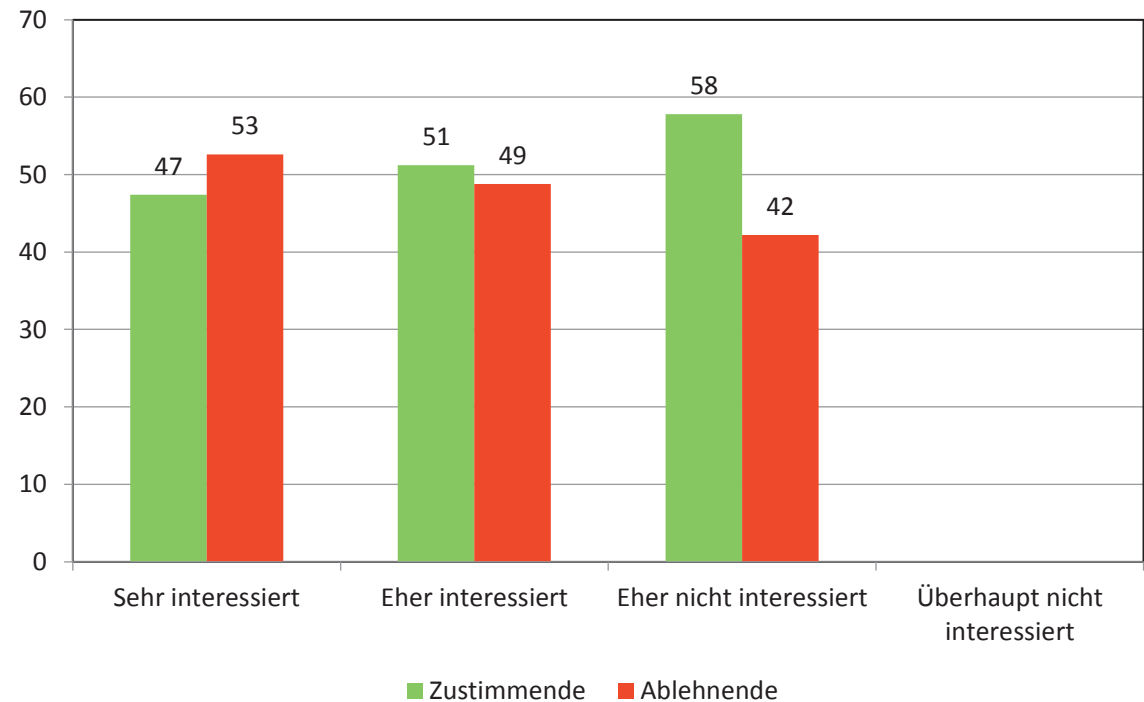
## Zustimmung und Ablehnung nach politischem Interesse (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmungde und Ablehnende  
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid  
N = 440 / Cramer-V = .119 (n.s.)

Im Segment «Überhaupt nicht interessiert» ist die Fallzahl so gering (9 Fälle), dass eine Darstellung nicht sinnvoll ist.

Politisch wenig Interessierte scheinen den Initiativen eher zugestimmt zu haben. Der Zusammenhang ist jedoch, nicht zuletzt wegen der geringen Fallzahlen in diesem Segment, nicht signifikant.

Insgesamt gaben 39 Prozent der Befragten an, dass sie an der Politik sehr interessiert sind, 49 Prozent sind eher interessiert, 12 Prozent eher nicht oder überhaupt nicht.



## Zustimmung und Ablehnung nach progressiver oder konservativer Einstellung (in Prozent)

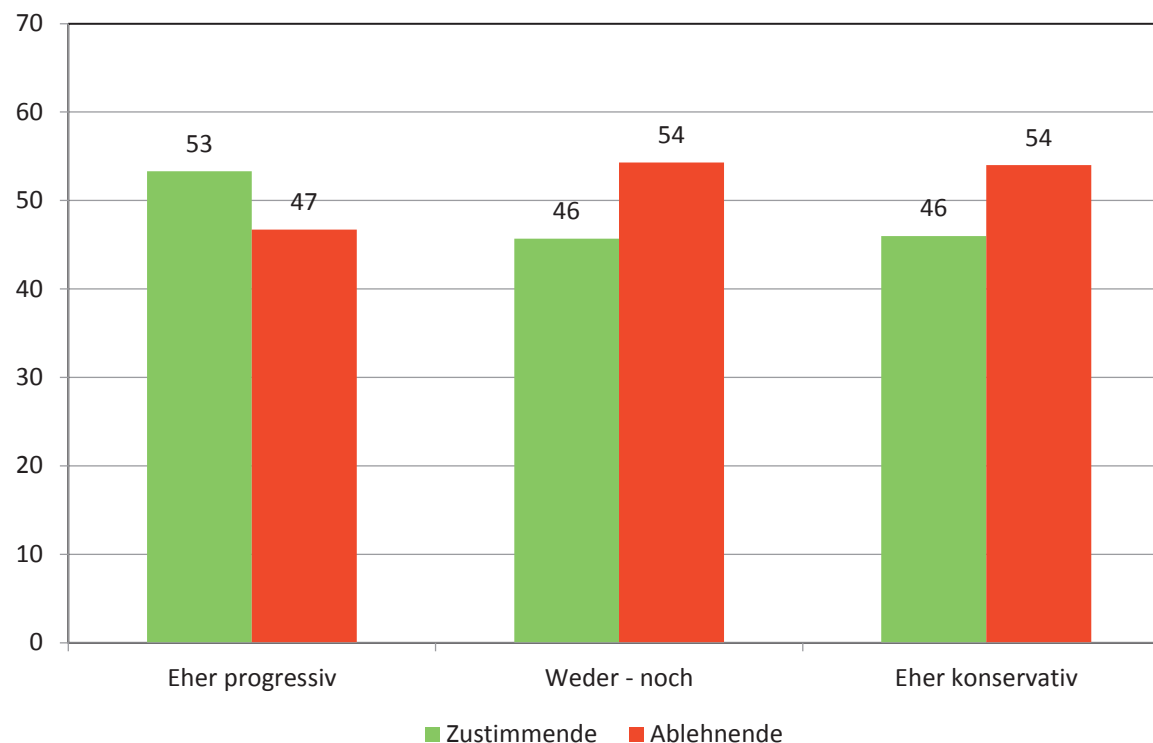
Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende

N = 441 / Cramer-V = .074 (n.s.)

Die Merkmale «progressiv» und «konservativ» werden aus einem Fragenkatalog betreffend Einstellungen zu gesellschaftlichem Wandel, zu Traditionsverbundenheit, Stabilität und Veränderungsfreudigkeit gebildet.

Die Datenanalyse ergibt nur einen schwachen, nicht signifikanten Zusammenhang zwischen progressiver beziehungsweise konservativer Einstellung und dem Stimmverhalten.

Man hätte einerseits erwarten können, dass Konservative einen grösseren Sparwillen aufweisen und daher für die Initiativen gewesen wären. Andererseits zeigt die Umfrage, dass die Konservativen ein moderat höheres Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik aufweisen. Diese widersprüchlichen Motive haben möglicherweise im Abstimmungsverhalten neutralisierend gewirkt, sodass keine klare Differenz im Abstimmungsverhalten der eher Progressiven und eher Konservativen nachzuweisen ist.



## Zustimmung und Ablehnung nach Parteineigung (in Prozent)

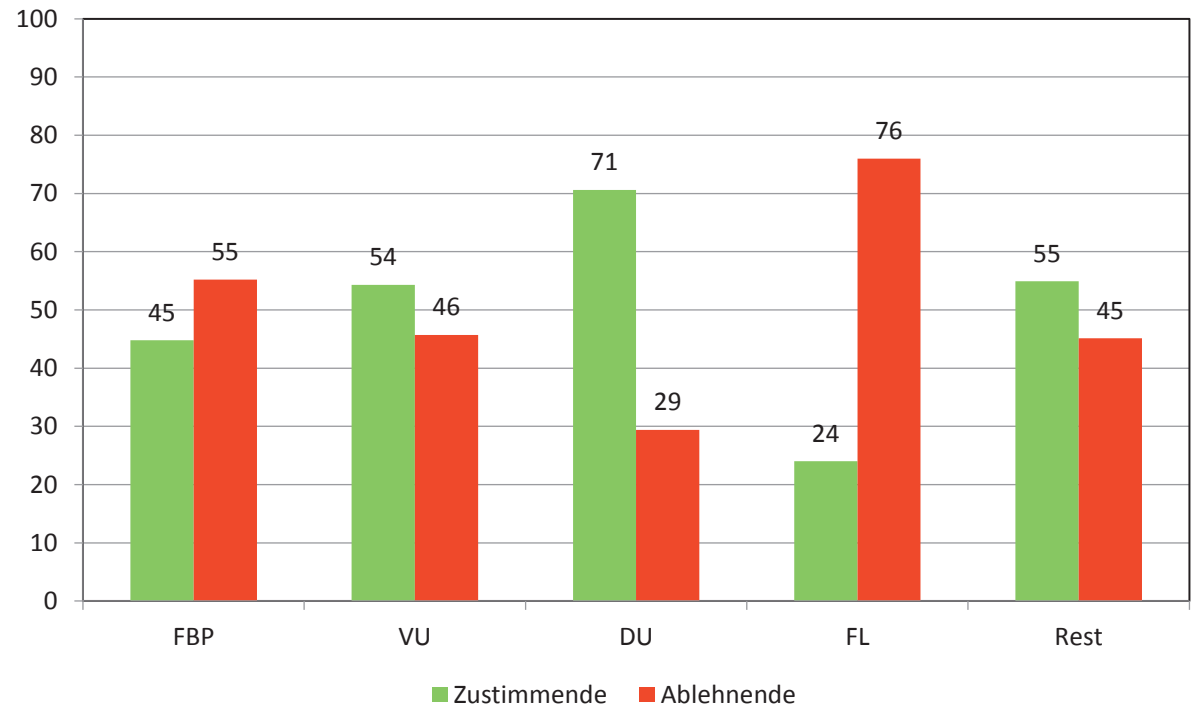
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende  
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid  
N = 439 / Cramer-V = .213 (sig .001)

Die höchste Zustimmung zu den Initiativen ist gemäss Umfrage im DU-Lager zu verzeichnen (71%), während die FL-Anhänger die Initiativen mit 76% am deutlichsten ablehnten. Wegen der geringen Fallzahlen, insbesondere bei der DU, ist dieser Befund allerdings mit Unsicherheiten behaftet.

Das FBP-Lager mit der Mehrheit in der Regierung votierte relativ klar (55%) gegen die Initiativen, während bei der VU (Minderheit in der Regierung) die Befürworter der Initiativen in der Mehrheit waren.

Der Rest, insgesamt 174 Fälle, tendierte eher zur Zustimmung statt Ablehnung. In dieses Segment fallen diejenigen, die keine Parteineigung aufweisen oder keine angegeben haben.

Wenn allerdings die Betroffenheit (Befragte selbst oder Nahestehende bei Pensionskasse versichert) und weitere Aspekte als Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen werden, verschwindet



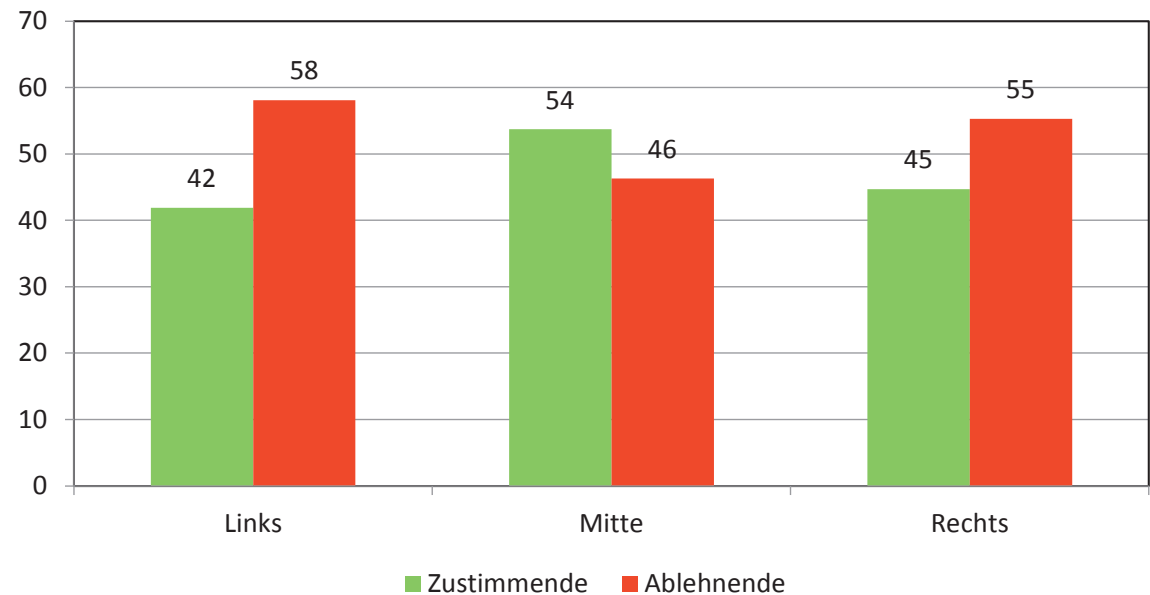
die Erklärungskraft der Parteineigung weitgehend. Unter den Befragten wiesen Personen mit Parteineigung zur FBP, insbesondere aber jene mit Neigung zur FL, überdurchschnittlich häufig Betroffenheit auf. Einzig für die FL bleibt noch ein eigenständiger Parteieinfluss auf das Abstimmungsverhalten nachweisbar.

## Zustimmung und Ablehnung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende  
N = 427 / Cramer-V = .104 (n.s.)

Die Befragten, die sich auf einer Skala von 0 bis 10 eher politisch links (Werte 0 bis 4) oder rechts (Werte 6 bis 10) einstufen, scheinen häufiger die beiden Initiativen abgelehnt zu haben als diejenigen, die sich auf dem mittleren Wert positionieren. Statistisch gesehen ist das Ergebnis jedoch nicht signifikant.

Jedenfalls kann ausgeschlossen werden, dass die Initiativen von den politisch ausserhalb der Mitte Positionierten, sowohl links wie rechts, speziell unterstützt worden sind.

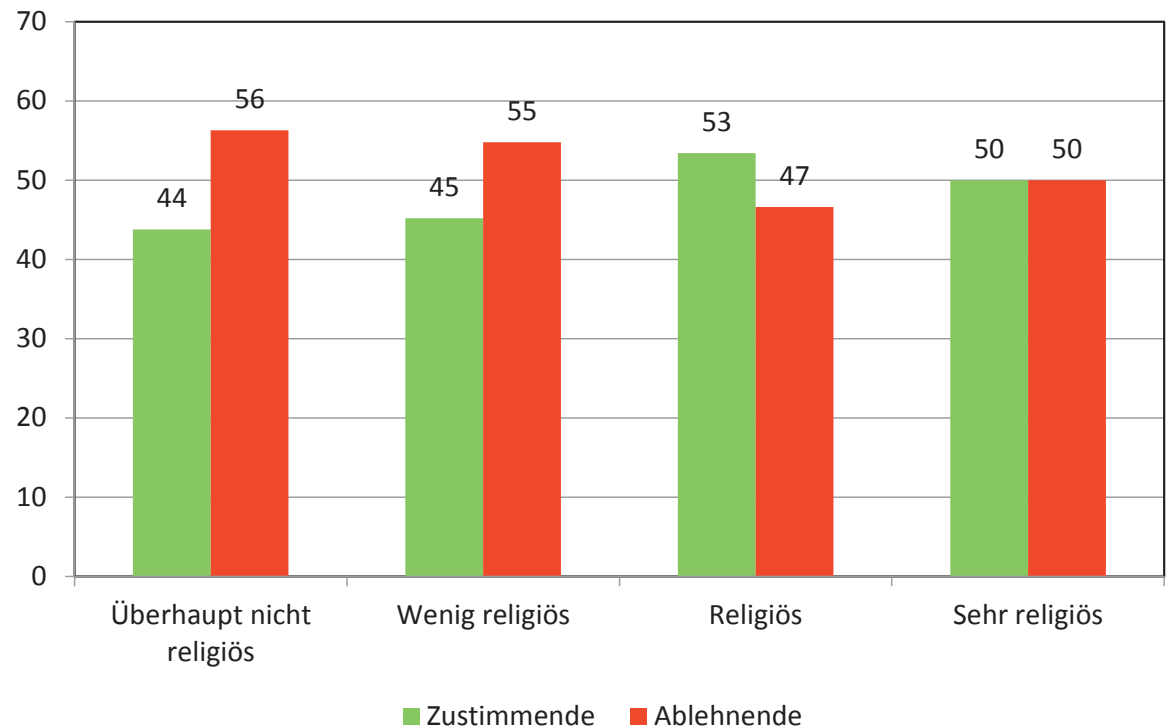


## Zustimmung und Ablehnung nach Religiosität (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 436 / Cramer-V = .082 (n.s.)

Es bestehen nur geringe Unterschiede im Abstimmungsverhalten nach Religiosität. Die Fallzahlen an den beiden Polen (überhaupt nicht bzw. sehr religiös) sind mit 26 und 32 Fällen relativ klein, sodass kein signifikanter Zusammenhang nachgewiesen werden kann. Wenn mit anderen Variablen kontrolliert wird, erweist sich die Religiosität als bedeutungslos für den Stimmentscheid.



# Zustimmung und Ablehnung nach Zufriedenheit mit der Demokratie

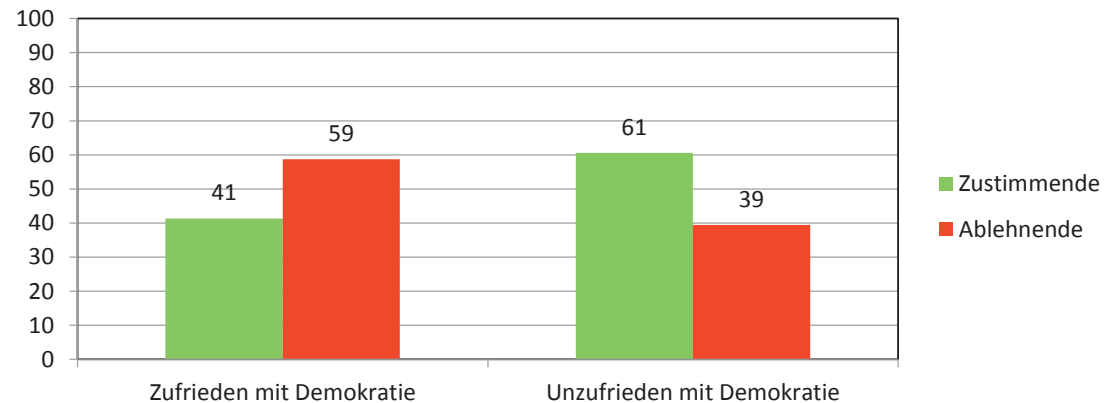
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 440 / Cramer-V = .161 (sig .001)

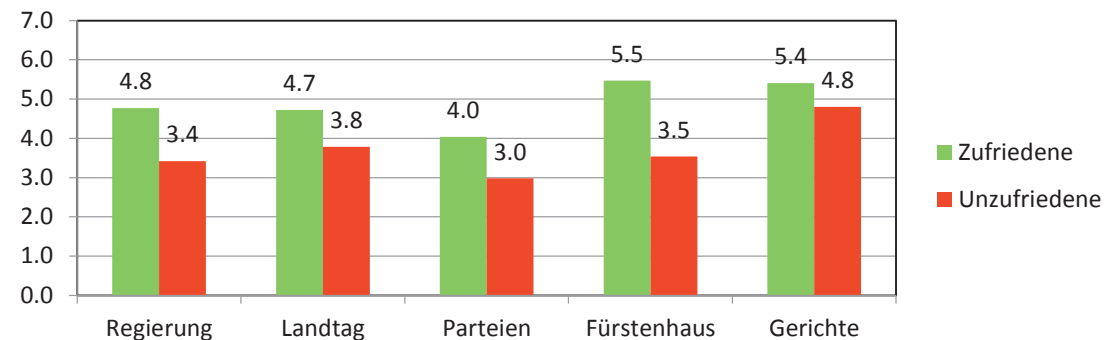
Wer sehr oder eher unzufrieden ist mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein, hat den Initiativen deutlich öfter zugestimmt als diejenigen, die mit der Demokratie eher oder sehr zufrieden sind.

Diejenigen, die sich unzufrieden mit der Demokratie in Liechtenstein zeigen, haben gleichzeitig ein geringeres Vertrauen in alle abgefragten Institutionen: Regierung, Landtag, Parteien, Fürstenhaus, Gerichte. Aber ein schwaches Vertrauen in die Institutionen korreliert nicht in allen Fällen mit dem Abstimmungsverhalten. Dies wird auf der folgenden Seite ersichtlich.

Demokratiezufriedenheit von Zustimmung und Ablehnenden (in Prozent)



Vertrauen in Institutionen nach Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte, Skala von 0 [=gar kein Vertrauen] bis 7 [=sehr hohes Vertrauen])



## Vertrauen in Institutionen nach Zustimmung und Ablehnung der Initiativen

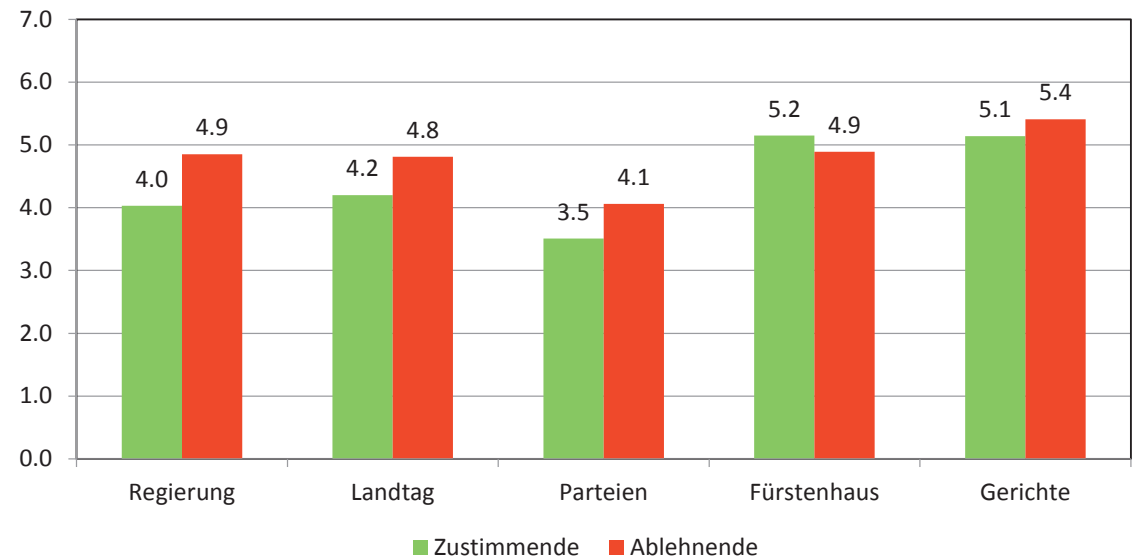
Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende

N = 439 / Cramer-V Regierung = .319 (sig .000) / Landtag = .286 (sig .000) / Parteien = .245 (sig .000) / Fürstenhaus = .118 (n.s.) / Gericht = .110 (n.s.)

Die Zustimmungenden und Ablehnenden unterscheiden sich signifikant im Vertrauen in Regierung, Landtag und die politischen Parteien: Wer den Initiativen zugestimmt hat, weist ein deutlich tieferes Vertrauen in diese Institutionen auf.

Dagegen zeigen sich im Vertrauen in das Fürstenhaus und die Gerichte keine signifikanten Unterschiede. Betreffend des Vertrauens in die Gerichte ist bemerkenswert, dass der Staatsgerichtshof bei der Zulassung der Initiative involviert war und dies durchaus eine Wirkung auf die Akzeptanz der Gerichte hätte haben können. Das Vertrauen in die Gerichte ist aber weiterhin hoch und bestätigt frühere Befunde, dass die parteipolitisch geprägten Institutionen eher umstritten sind als die Gerichte. Insgesamt ist das Vertrauen in die Institutionen dennoch relativ hoch.

Vertrauen in Institutionen nach Abstimmungsverhalten  
(Mittelwert, Skala 0 [=überhaupt kein Vertrauen] bis 7 [=sehr hohes Vertrauen])



# Argumententest

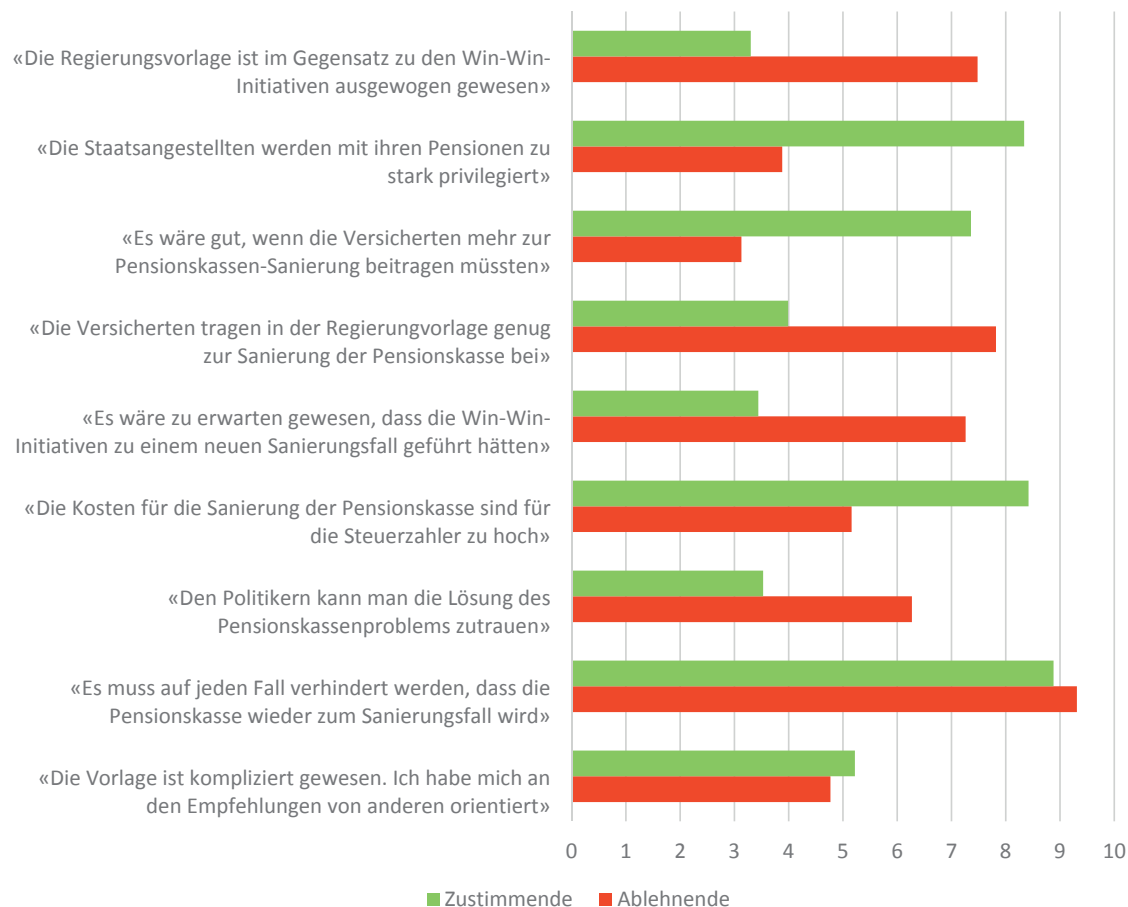
**Filter:** Nur Zustimmungende und Ablehnende.  
**Gültige Fälle:** Zwischen 421 und 438; Cramer-V in allen Fällen > .500 (sig. .000) ausser bei den beiden Aussagen «Komplexe Vorlage» (Cramer-V = .170; n.s.) und «Verhinderung Sanierungsfall» (Cramer-V = .200; sig .040).

Der Mittelwertvergleich der Antworten zu Aussagesätzen zeigt in den meisten Fällen extrem starke Differenzen zwischen dem zustimmenden und ablehnenden Lager. Die Unterstützer der Initiativen stimmen deutlich stärker den Aussagen zu, dass die Staatsbeamten privilegiert seien, mehr zur Sanierung beitragen sollten und dass die Kosten zu hoch seien. Die Ablehnenden meinten umgekehrt weit mehr, dass die Regierungsvorlage ausgewogener war, die Versicherten bereits genug zur Sanierung beitragen und bei Annahme der Initiativen ein neuer Sanierungsfall gedroht hätte. Sie trauten den Politikern auch eher eine Problemlösung zu.

Einig sind sich beide Lager, dass ein neuer Sanierungsfall unbedingt verhindert werden muss. Ebenso unterschieden sie sich nicht signifikant in der Einschätzung der Komplexität der Vorlagen.

Auf den folgenden Seiten werden die Ergebnisse noch detaillierter ausgewiesen. Die Reihenfolge orientiert sich an

Mittelwerte: Einstellung zu Aussagen  
 0 = Stimmt überhaupt nicht; 10 = Stimmt voll und ganz



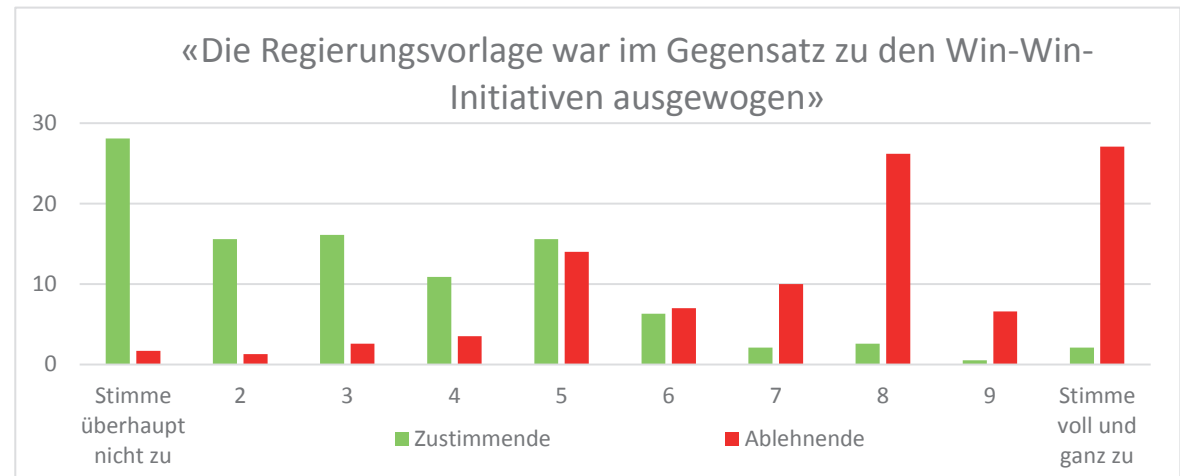
der Stärke des Zusammenhangs (Cramer-V) in absteigender Ordnung.



## Zustimmung zu Argumenten (in Prozent)

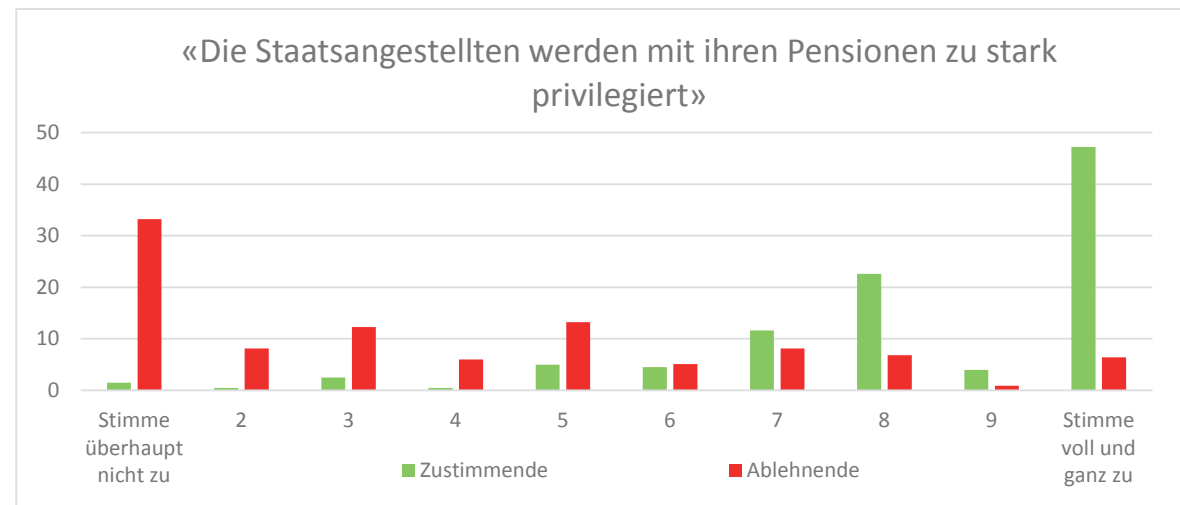
N = 421 / Cramer-V = .706 (sig .000)

Die Meinungen der Zustimmungen und Ablehnenden gehen in der Frage der Ausgewogenheit der Regierungsvorlage weit auseinander. Die grosse Mehrheit der Zustimmungen negiert, dass die Regierungsvorlage ausgewogener sei, die Ablehnenden stimmen dieser Aussage hingegen grossteils zu.



N = 434 / Cramer-V = .676 (sig .000)

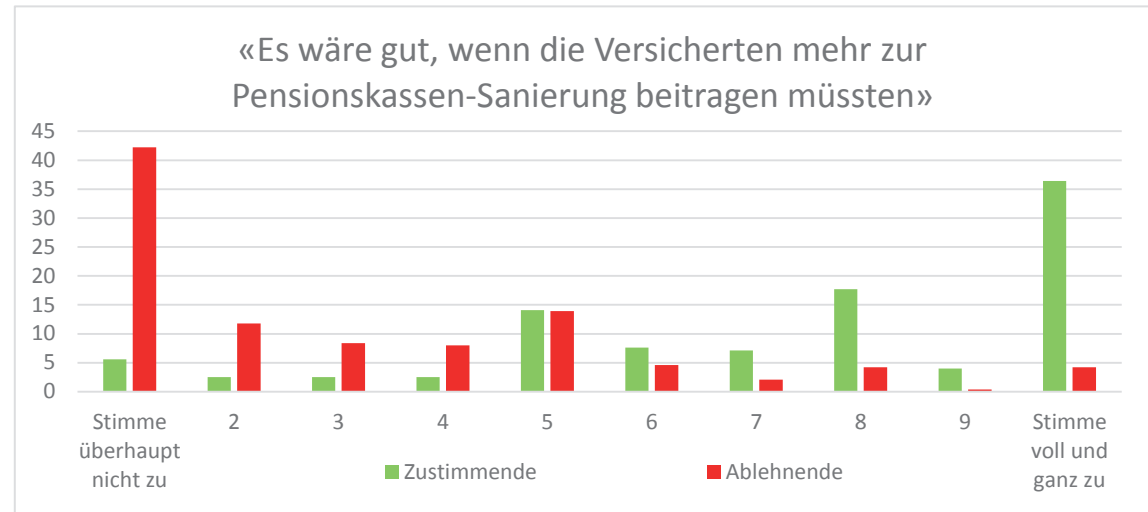
Die Meinungen der Zustimmungen und Ablehnenden in der Einschätzung, ob die Staatsangestellten mit ihren Pensionen privilegiert seien, gehen weit auseinander. Die Unterstützer der Initiativen tendieren sehr stark zu dieser Aussage. Das Ja-Lager wirkt auch etwas geschlossener in dieser Frage als das Nein-Lager.



## Zustimmung zu Argumenten (in Prozent)

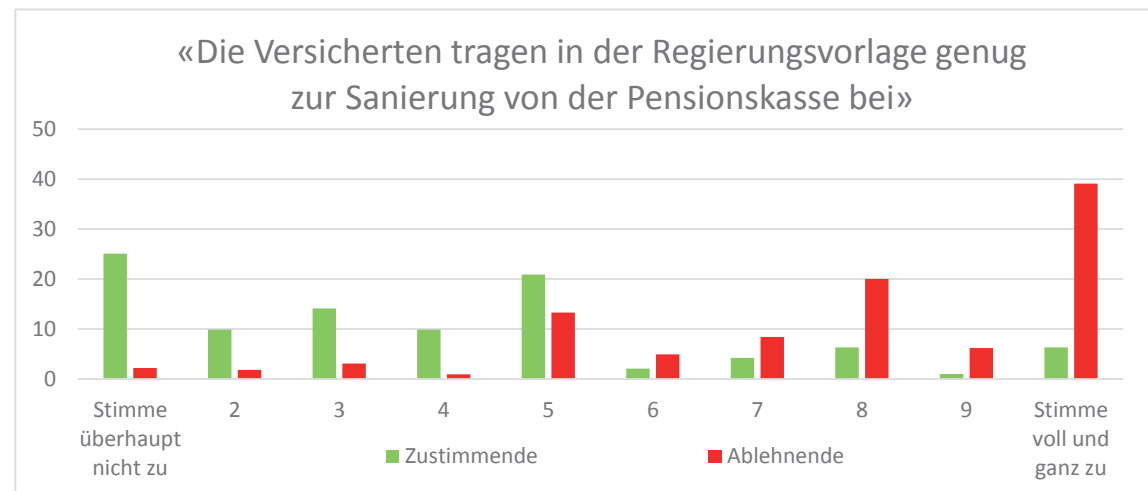
N = 435 / Cramer-V = .632 (sig .000)

Die Meinungen der Zustimmenden und Ablehnenden betreffend des Beitrages der Versicherten zur Sanierung der Pensionskasse gehen wiederum diametral auseinander. Die Unterstützer der Initiative finden grossteils, dass die Versicherten mehr zur Sanierung beitragen sollten.



N = 416 / Cramer-V = .627 (sig .000)

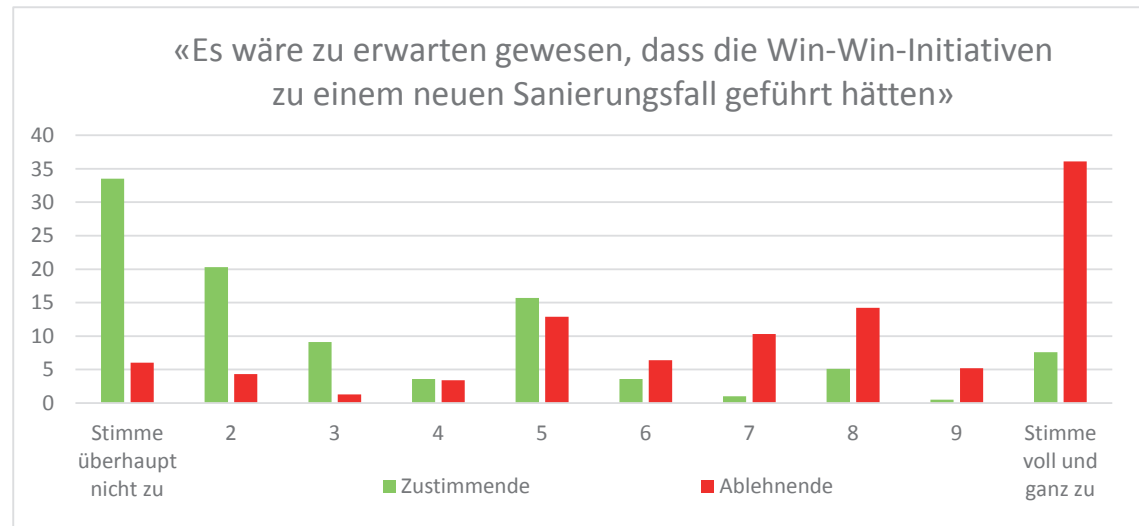
Die Frage betreffend den Beitrag der Versicherten zur Sanierung wurde ein zweites Mal in umgekehrter Richtung gestellt. Das Ergebnis ist konsistent. Auch hier gab es eine klare Differenz zwischen den Zustimmenden und Ablehnenden. Nach Meinung der Zustimmenden sollten die Versicherten einen grösseren Beitrag leisten.



## Zustimmung zu Argumenten (in Prozent)

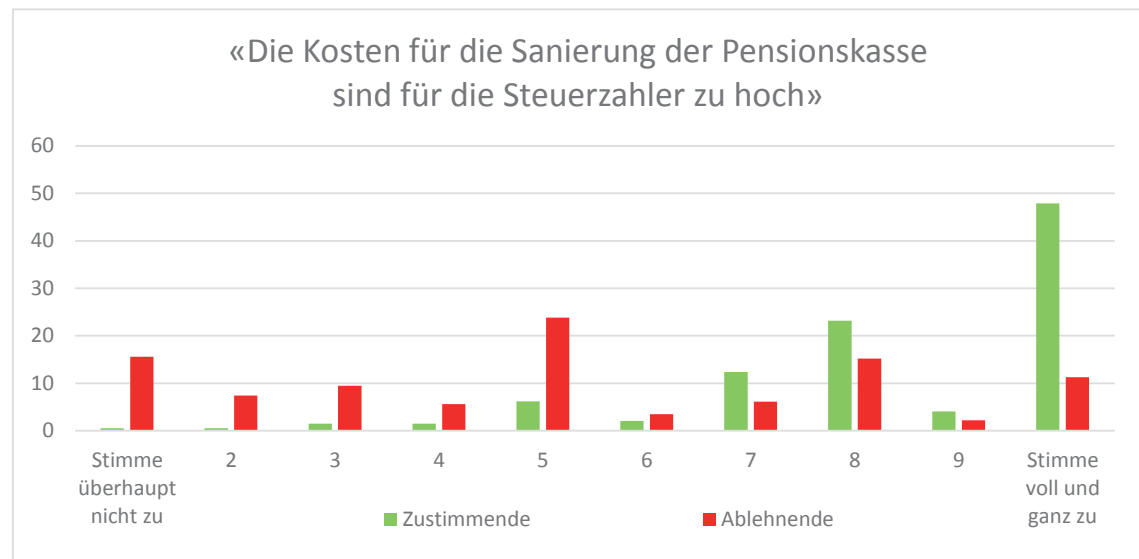
N = 430 / Cramer-V = .594 (sig .000)

In der Einschätzung, ob die Win-Win-Initiativen allenfalls zu einem neuen Sanierungsfall geführt hätten, zeigt sich wiederum eine klare Differenz zwischen Zustimmenden und Ablehnenden. Für die Initiativ-Befürworter trifft diese Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zu, für die Gegner der Initiativen trifft dies hingegen weitgehend zu.



N = 425 / Cramer-V = .568 (sig .000)

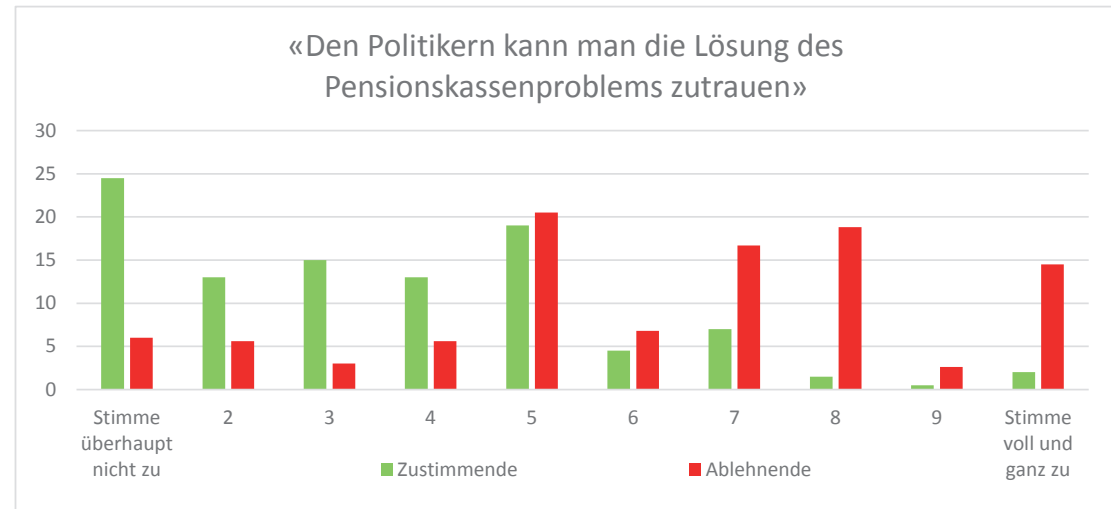
Eine weniger klare Differenz als bei den bisherigen Aussagen, aber immer noch signifikant, zeigt sich in der Frage, ob die Sanierung der Pensionskasse für die Steuerzahler zu hoch sei. Für die Befürworter der Initiativen trifft dies relativ klar zu, bei den Gegnern gehen die Meinungen hingegen weit auseinander. Viele, die die Initiativen abgelehnt haben, stellen fest, dass die Kosten für die Sanierung für die Steuerzahler trotzdem zu hoch sind.



## Zustimmung zu Argumenten (in Prozent)

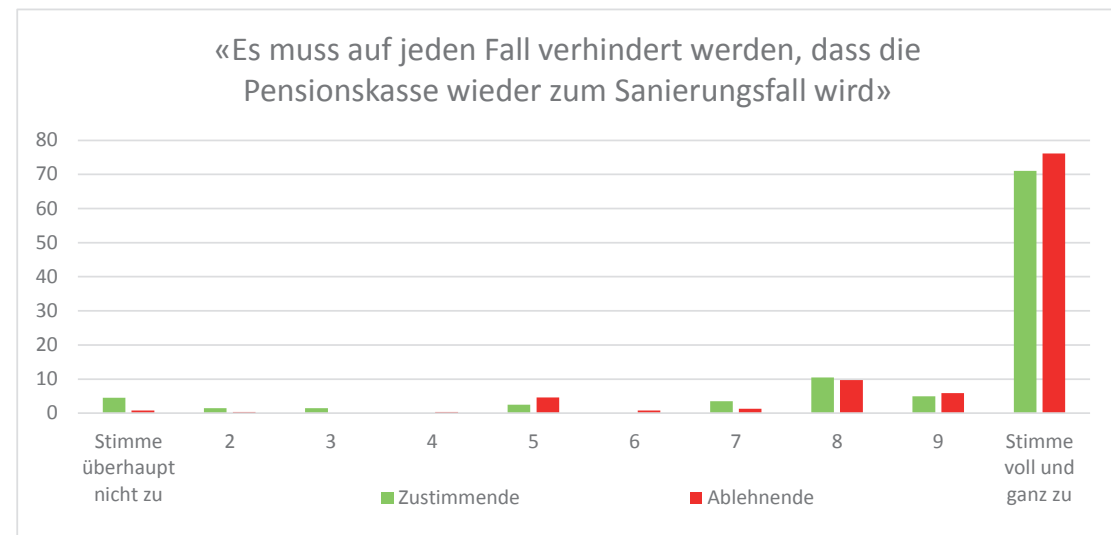
N = 434 / Cramer-V = .522 (sig .000)

Entsprechend dem weiter oben analysierten Vertrauen in die Politik und in die Institutionen zeigt sich in der Frage, ob man den Politikern die Lösung des Pensionskassenproblems zutrauen kann, die zu erwartende Differenz. Für die meisten Unterstützer der Initiativen trifft dies nicht zu, während die Gegner der Initiativen den Politikern eine höhere Problemlösungskompetenz attestieren. Es gibt aber in beiden Lagern auch gegenteilige Meinungen.



N = 438 / Cramer-V = .200 (sig .040)

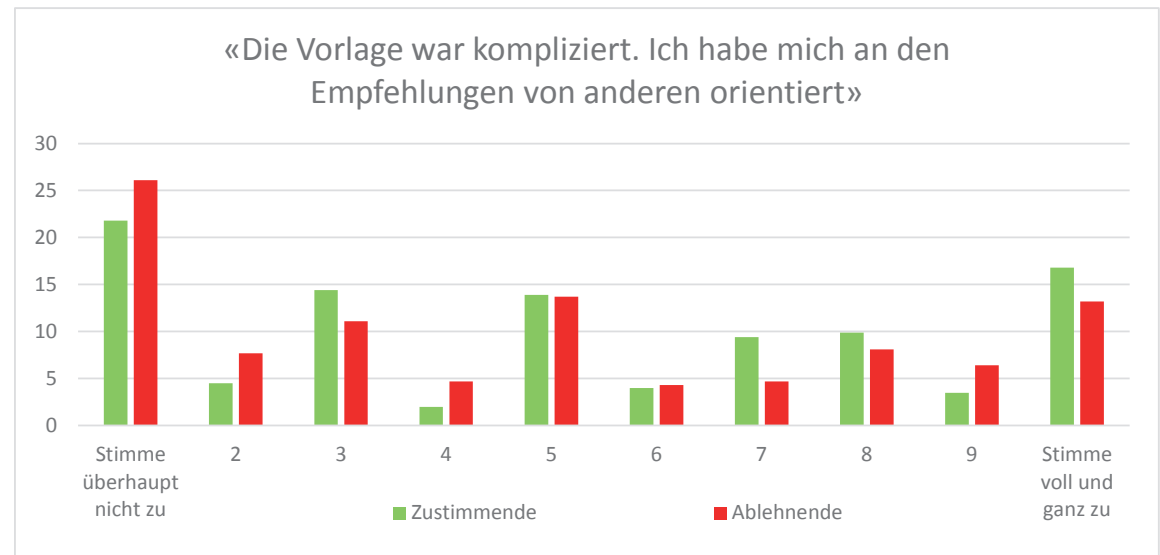
Grosse Einigkeit zwischen Befürwortern und Gegnern der Initiativen zeigt sich in der Frage, ob auf jeden Fall verhindert werden müsse, dass die Pensionskasse zu einem neuen Sanierungsfall wird. Mehr als 70 Prozent aus beiden Lagern stimmen dieser Aussage ohne Wenn und Aber zu.



## Zustimmung zu Argumenten (in Prozent)

N = 436 / Cramer-V = .170 (n.s.)

Keine signifikante Differenz zeigt sich zwischen Zustimmenden und Ablehnenden in der Frage, ob die Vorlage kompliziert gewesen sei und man sich daher an der Empfehlung von anderen orientiert habe. In beiden Lagern zeigt sich eine grosse Bandbreite an Meinungen. Während die einen kein Problem oder wenig Probleme mit der Vorlage hatten, orientierten sich andere an Empfehlungen.



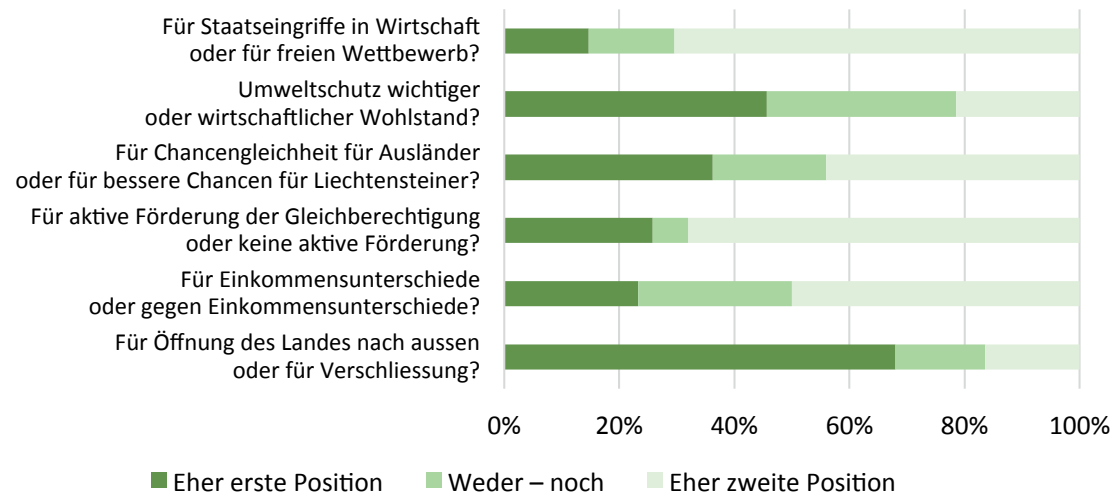
# Einstellungen der Win-Win-50-Zustimmenden und Ablehnenden (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmung (N=239) bzw. nur Ablehnende (N=201).

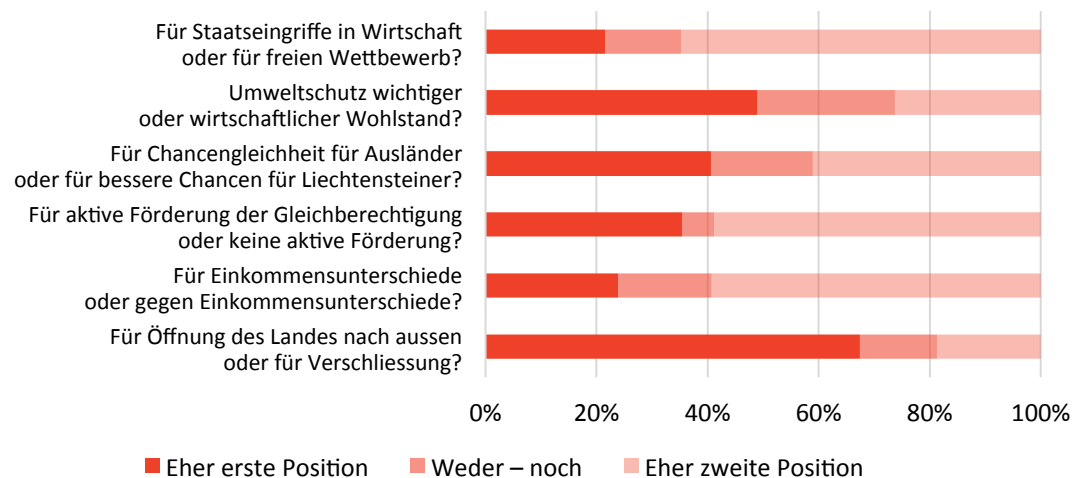
Bei bipolaren Aussagesätzen zu Wettbewerb, Umweltschutz, Chancengleichheit, Frauenförderung, Einkommensunterschieden und aussenpolitischer Öffnung (siehe Grafiken) wurde jeweils der Grad der Zustimmung auf einer Skala von 1 (= Zustimmung zum ersten Teilsatz) bis 7 (= Zustimmung zum zweiten Teilsatz) abgefragt. Dazwischen konnte abgestuft werden. In den Abbildungen sind Werte wie folgt zusammengefasst: 1 bis 3 = Eher erste Position, 4 = Weder-noch, 5 bis 7 = Eher zweite Position.

In keiner der gestellten Fragen zeigt sich eine signifikante Differenz zwischen den Zustimmungenden und den Ablehnenden. Die Positionierung in den betreffenden Themenbereichen hat keinen Einfluss auf das Pro- oder Contra-Stimmverhalten ausgeübt.

## Zustimmende



## Ablehnende



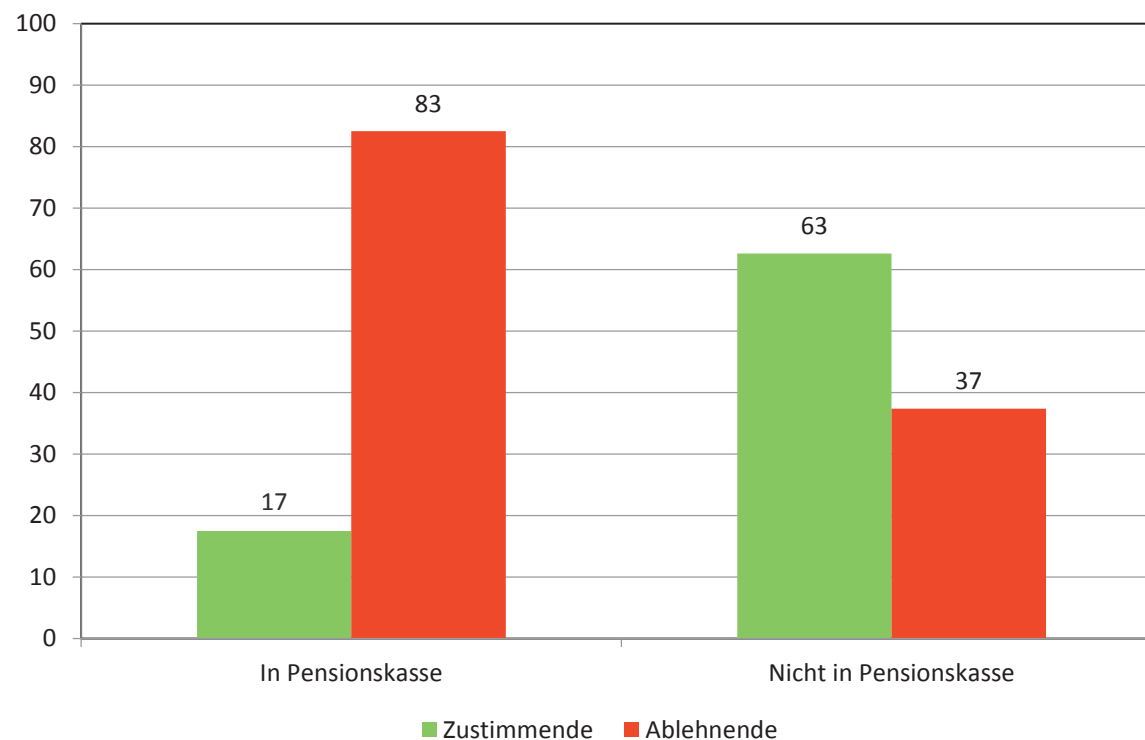
## Zustimmung und Ablehnung nach persönlicher Mitgliedschaft in staatlicher Pensionskasse (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 439 / Cramer-V = .409 (sig .000)

Es zeigt sich ein sehr ausgeprägter, hoch signifikanter Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit von der Initiativvorlage (= versichert bei der staatlichen Pensionskasse) und dem Abstimmungsverhalten.

Erwartungsgemäss haben Versicherte mit grosser Mehrheit (83%) die Initiativen abgelehnt, während bei den anderen die Initiativen knapp zwei Drittel Zustimmung fanden.



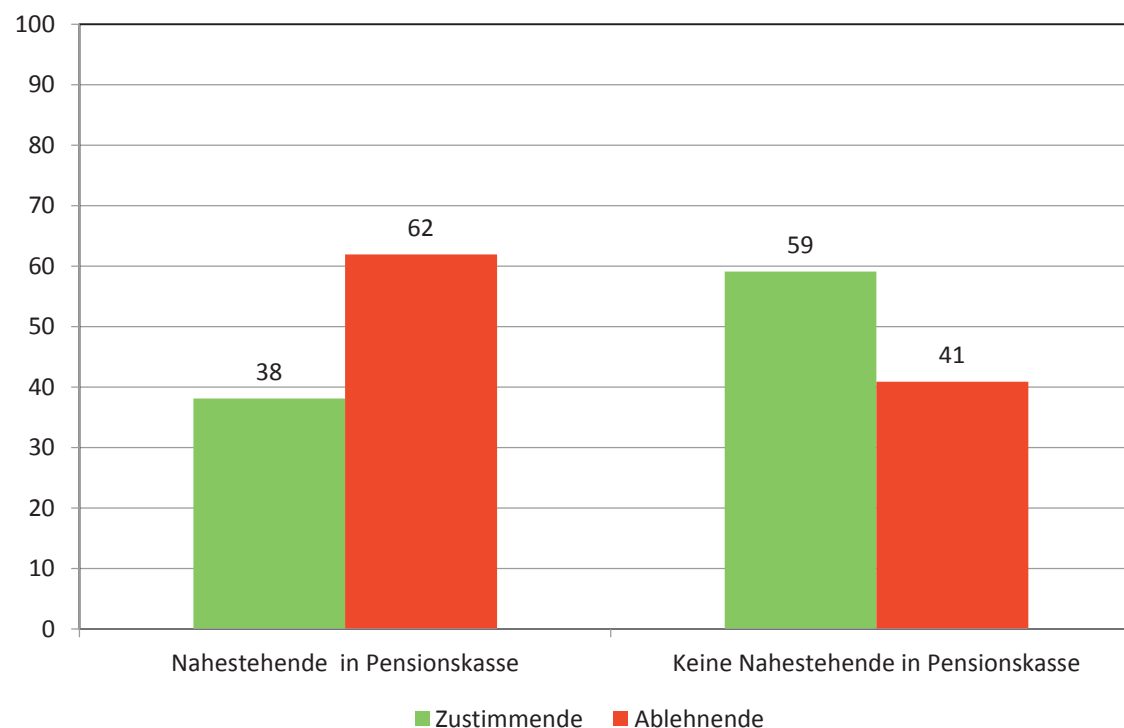
## Zustimmung und Ablehnung nach Mitgliedschaft von nahestehenden Personen in staatlicher Pensionskasse (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 436 / Cramer-V = .208 (sig .000)

Ob nahestehende Personen in der staatlichen Pensionskasse versichert sind, macht ebenfalls einen Unterschied im Stimmverhalten aus, allerdings nicht in gleich deutlichem Ausmass wie bei der direkten, persönlichen Betroffenheit.

Knapp zwei Drittel derjenigen, die nahestehende Personen in der staatlichen Pensionskasse versichert wissen, haben die Initiativen abgelehnt. Bei den anderen ist das Verhältnis von Zustimmung und Ablehnenden annähernd umgekehrt.



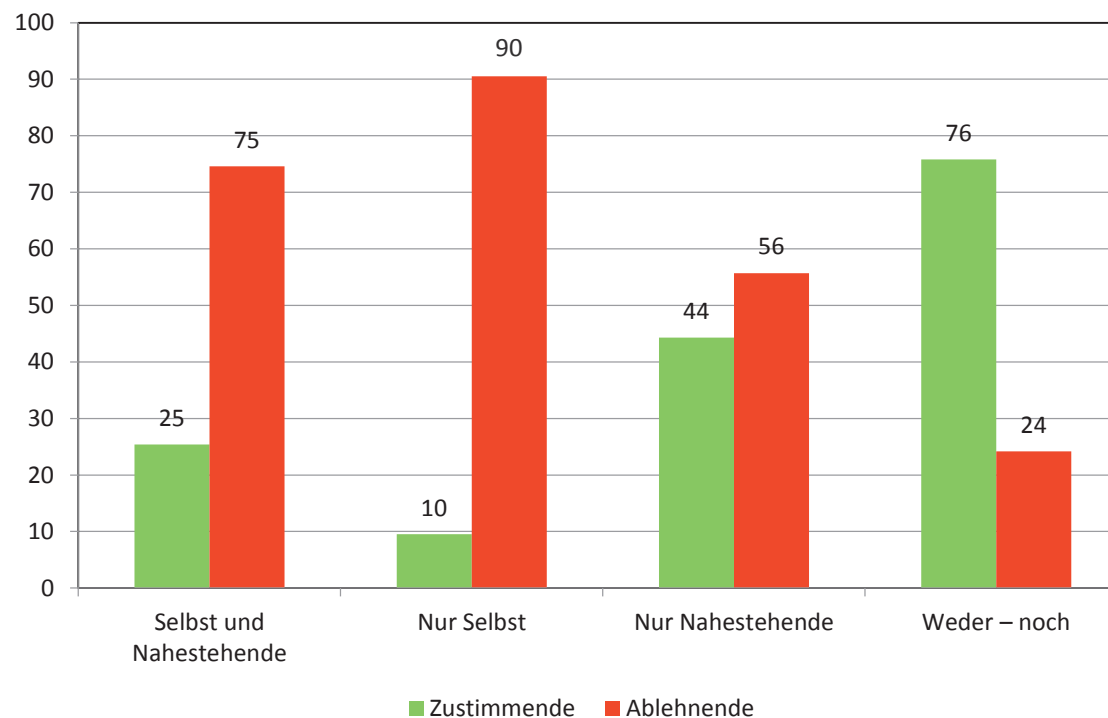


## Zustimmung und Ablehnung nach Grad der Betroffenheit (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmende und Ablehnende

N = 439 / Cramer-V = .493 (sig .000)

Aus der Kombination der Variablen zur eigenen Betroffenheit und der Betroffenheit von nahestehenden Personen können vier Gruppen gebildet werden (siehe Grafik). Bei denjenigen, die ausschliesslich selbst von der Pensionskasse betroffen sind, war die Ablehnung der Initiativen am deutlichsten. Es zeigt sich jedoch auch ein Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten, wenn nahestehende Personen in der staatlichen Pensionskasse versichert sind. Wer weder direkt noch indirekt mit der Pensionskasse in Verbindung steht, hat dagegen den Initiativen mit grosser Mehrheit (76 Prozent) zugestimmt.



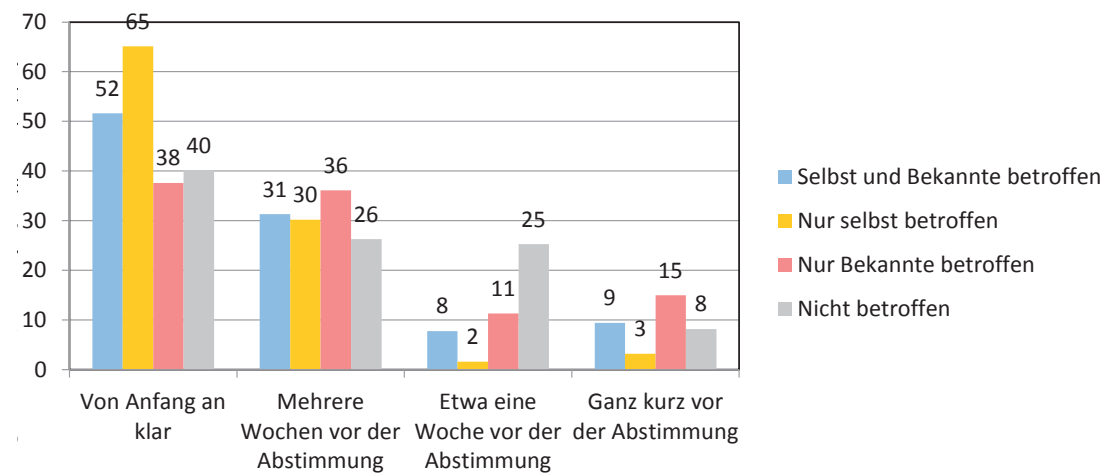
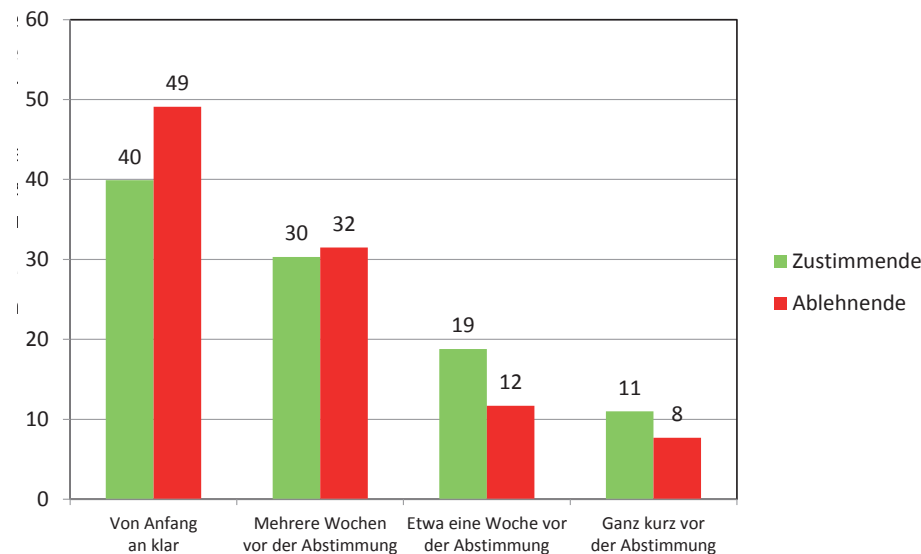
## Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmungse und Ablehnende

N = 440 / Cramer-V = .127 (n.s.)

Von den Ablehnenden gaben 49 Prozent an, dass der Entscheid für sie von Anfang an feststand, bei den Zustimmungse waren es 40 Prozent. Die Differenz ist statistisch gesehen nicht signifikant. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass längere Zeit Unsicherheit herrschte, ob beide Vorlagen zur Abstimmung gelangen und es wurde über die Qualität und die Folgen der beiden Initiativen bis zuletzt diskutiert. Es ist also möglich und denkbar, dass für die Zustimmungse ebenfalls grossteils von vornherein klar war, wie sie im Grundsatz entscheiden würden, aber nicht ob mit einem Ja zu beiden Initiativen oder nur zu einer – und welcher Initiative man allenfalls in der Stichfrage den Vorzug geben würde.

Unter Berücksichtigung weiterer Variablen zeigt sich, dass bei folgenden Segmenten überdurchschnittlich früh feststand, wie man abstimmt: Persönlich Betroffene, ältere Personen und Parteigebundene. Für mehr als 70 Prozent der Jüngeren (Alterssegment der 18- bis



34-Jährigen) stand hingegen nicht von vornherein fest, wie sie abstimmen würden, ebenso für 60 Prozent der nicht selbst Betroffenen und für 65 Prozent der Parteungebundenen. Die Zeit der Abstimmungskampagne bot daher insbe-

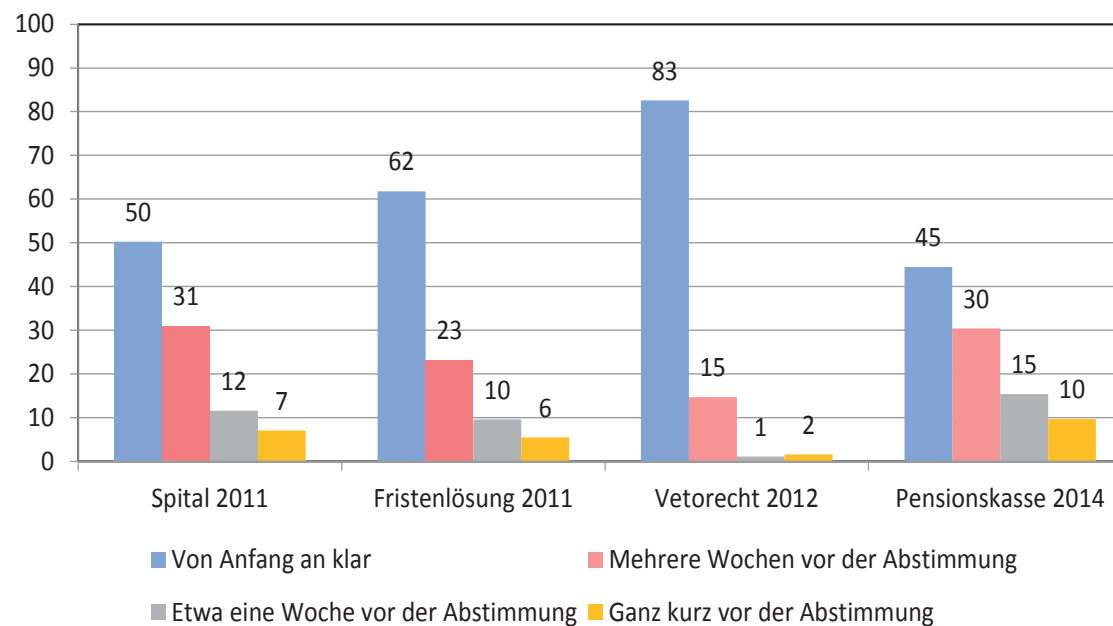
sondere in diesen Zielgruppen ein grosses Potenzial für wirksame Überzeugungsarbeit.

Die Kurzentschlossenen votierten im Übrigen etwas stärker zugunsten der Initiativen (hier nicht dargestellt).

## Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden im Vergleich (in Prozent)

Filter: Nur Zustimmungse und Ablehnende  
(N=443)

Im Vergleich zu den letzten Volksabstimmungen in Liechtenstein zeigt sich, dass bei den Pensionskasseninitiativen der Entscheid relativ spät gefällt wurde. Während bei der Vetoinitiative 2012 mehr als 80 Prozent angaben, dass ihr Entscheid von Anfang an feststand, war dies bei der Pensionskasseninitiativen nur bei 45 Prozent der Befragten der Fall. 25 Prozent gaben in der Umfrage an, dass die Entscheidung sehr kurzfristig, also etwa eine Woche vor der Abstimmung oder sogar noch später, feststand.



## Wichtigkeit der Informationskanäle (in Prozent)

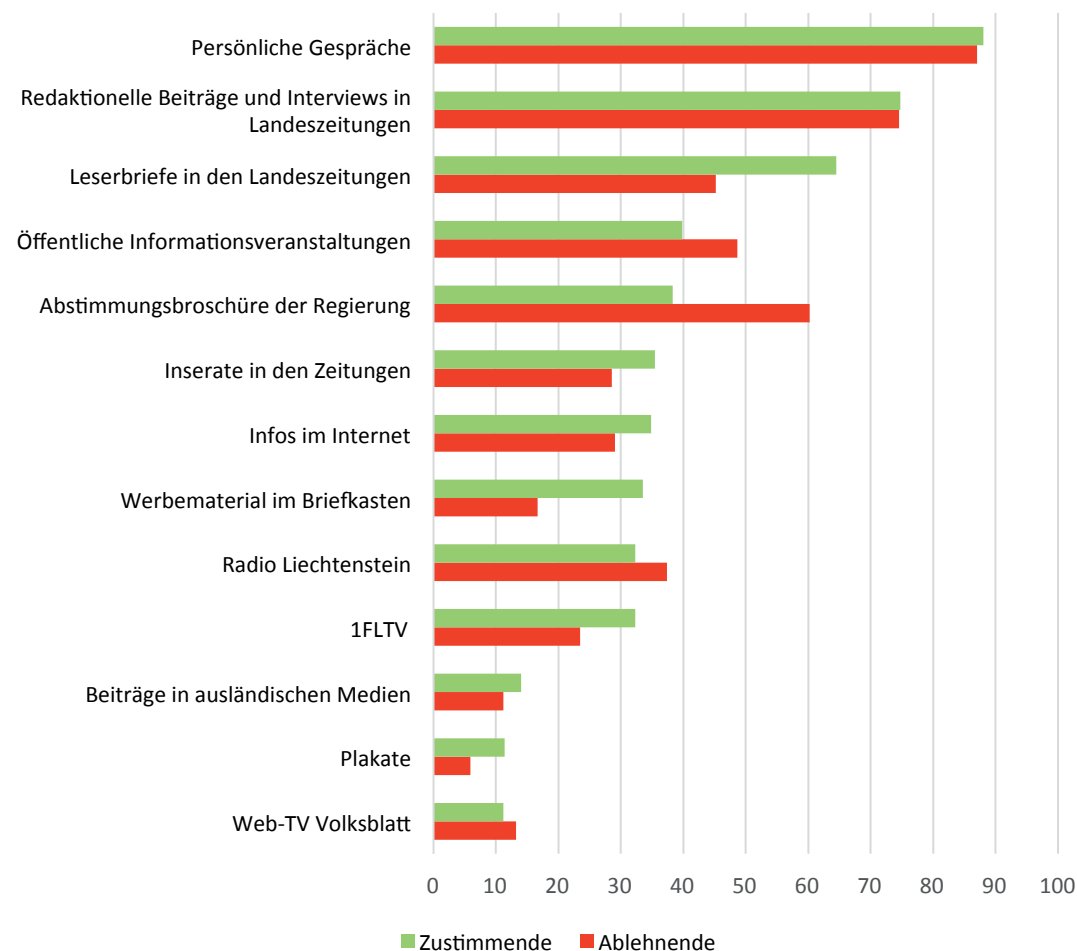
Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende

N = 426 bis 439 / Signifikante Unterschiede bei folgenden Medien: Leserbriefe (Cramer-V = .193; sig .000); Abstimmungsbroschüre der Regierung (Cramer-V = .218; sig .000); 1FLTV (Cramer-V = .098; sig .041); Werbematerial (Cramer-V = .195; sig .000); Plakate (Cramer-V = .100; sig .037).

Die persönliche Einschätzung der Bedeutung verschiedener Informationskanäle auf die eigene Meinungsbildung ist bei den Zustimmungenden und Ablehnenden weitgehend identisch. Das persönliche Gespräch, die Landeszeitungen, ferner Informationsveranstaltungen und die Abstimmungsbroschüre der Regierung gelten als die wichtigsten.

Einige signifikante, wenn auch nur schwache Differenzen bestehen dennoch: Die Zustimmungenden schätzen Leserbriefe, Werbematerial und Plakate signifikant wichtiger ein als die Ablehnenden. Umgekehrt war für die Ablehnenden die Abstimmungsbroschüre der Regierung nach eigener Einschätzung wichtiger als für die Zustimmungenden.

### Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft



## Wichtigkeit der Informationskanäle nach Alter (in Prozent)

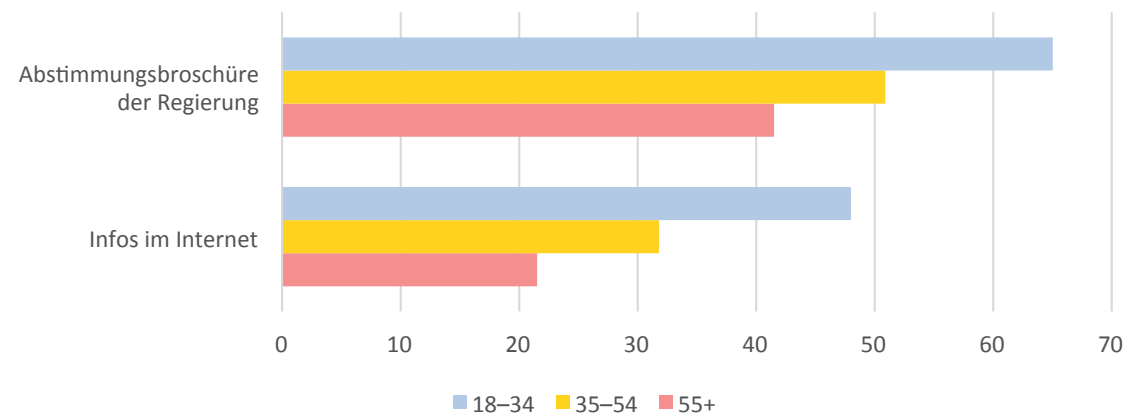
Filter: Nur Zustimmungse und Ablehnende

N = 451-452 / Signifikante Differenzen bei den folgenden: Abstimmungsbroschüre der Regierung (Cramer-V .174 sig .000); Infos im Internet: Cramer-V = .210; sig .000).

Erwartungsgemäss unterscheidet sich das Informationsverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Signifikante Differenzen zeigen sich in der Einschätzung der Bedeutung der Abstimmungsbroschüre der Regierung für die eigene Meinungsbildung sowie betreffend der Informationen aus dem Internet. Beide Informationskanäle werden von den Jüngeren als bedeutender für die eigene Meinungsbildung eingeschätzt als von den Älteren.

Bei allen anderen Informationsmitteln zeigt sich kein Unterschied zwischen den Altersklassen.

Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft



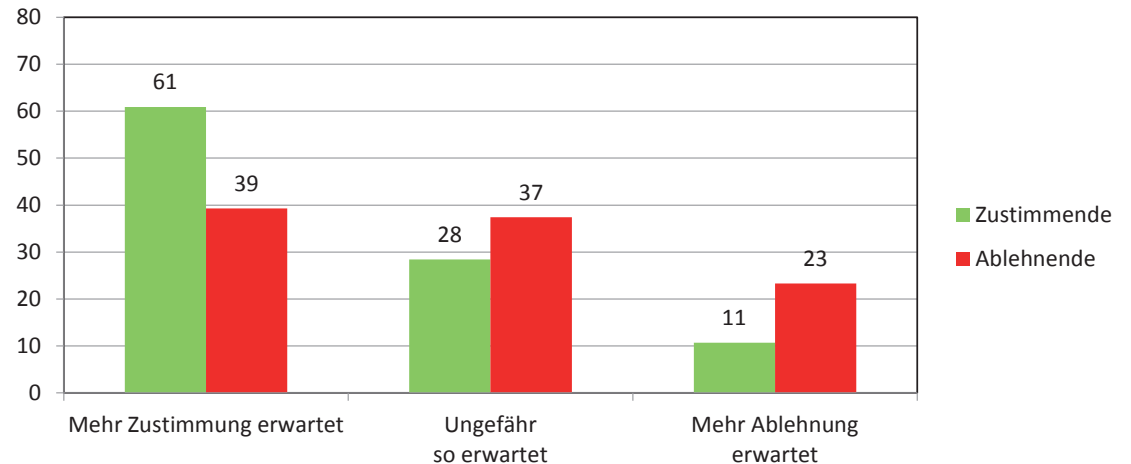
# Erwarteter Abstimmungsausgang

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende  
N = 434 / Cramer-V = .230 (sig .000)

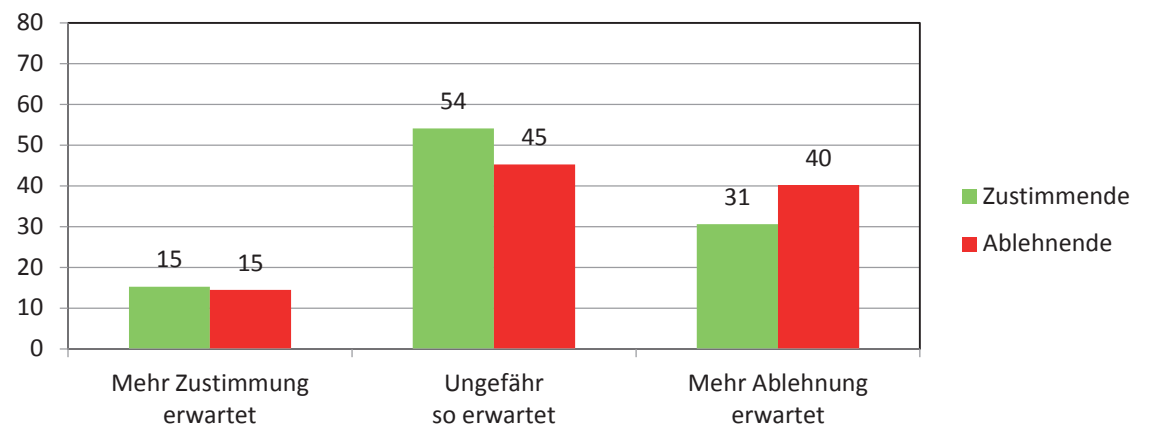
Die Mehrheit der Befragten hat das Abstimmungsergebnis nicht so erwartet, wie es herauskam. 61 Prozent der Befürworter der Initiativen haben mehr Zustimmung für Win-Win-50 erwartet, nur 11 Prozent haben mehr Ablehnung erwartet. Bei den Ablehnenden sieht das Verhältnis etwas anders aus: 39 Prozent haben mehr Zustimmung, 23 Prozent mehr Ablehnung erwartet.

Bei Win-Win-90 ist es umgekehrt, da man mehr Ablehnung erwartet hätte. Rund die Hälfte hat das Ergebnis zwar ungefähr so erwartet, aber 31 Prozent der Zustimmung und 40 Prozent der Ablehnenden haben eine höhere Ablehnung von Win-Win-90 erwartet.

### Erwartetes Ergebnis für Win-Win-50



### Erwartetes Ergebnis für Win-Win-90



---

Liechtenstein-Institut Auf dem Kirchhügel | St. Luziweg 2 | FL-9487 Bendern | Liechtenstein  
Tel. +423 373 30 22 | Fax +423 373 54 22  
info@liechtenstein-institut.li | [www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

